

INHALT:	Editorial	Seite 132
	GI Aktuell	Seite 132
	Fristenkontrolle Rechtsmittelauftrag an RA 1. Instanz / Bestätigung des Rechtsmittelanwalts / Eingang der Mandatsbestätigung / Wiedereinsetzungsantrag, neue Tatsachen im Beschwerde- verfahren (BGH, Beschl. v. 25.1.2001 – IX ZB 120/00)	Seite 134
	Steuerberaterhaftung Belehrung bei Mandatsende / Mitverschulden des Mandanten / Fristversäumnis / Anmerkung RA Dr. Gräfe (BGH, Urt. v. 18.1.2001 – IX ZR 223/99)	Seite 137
	Prospekthaftung Verjährung / Geschlossener Immobilienfonds (BGH, Urt. v. 18.12.2000 – II ZR 84/99)	Seite 141
	Notarhaftung Anwaltsnotar, Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete / Treuhandauflagen, Hinterlegungsanweisungen / Unwider- rufliche gemeinsame Weisung / Schadenermittlung (BGH, Urt. v. 18.11.1999 – IX ZR 153/98)	Seite 142
	Honorar des Steuerberaters Rechnung ohne Unterschrift / Anerkenntnis des Mandanten (OLG Köln, Beschl. v. 25.2.2000 – 19 W 1/00)	Seite 148
	Unerlaubte Rechtsberatung Hausverwalter / WEG-Verwalter / Behördlich eingesetzte Personen, Art. 1 § 5 Nr. 6 RBERG / Unmittelbarer Zusammenhang mit Berufstätigkeit, Art. 1 § 5 Nr. 3 RBERG (OLG Koblenz, Urt. v. 1.12.1999 – 4 U 1338/99)	Seite 149
	GI Hinweise	Seite 152
	Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis	Seite 153



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,
vier interessante und wichtige Urteile des Bundesgerichtshofs finden Sie in der Juni-Ausgabe:

1) Der **Rechtsmittelauftrag**, der auf der „Anwaltschiene“ vom erst- an den zweitinstanzlichen Kollegen erteilt wird, erschöpft sich **nicht** im rechtzeitigen Absenden des schriftlichen Auftrags. Die **Büroorganisation** muss vorsehen, dass auch dessen **Annahme festgestellt** und die Akte anderenfalls rechtzeitig vorgelegt wird. Anderes kann nur gelten, wenn zwischen den Anwälten vereinbart wurde, dass Aufträge grundsätzlich angenommen werden. Im Entscheidungsfall lag diese Annahmevereinbarung nicht vor und der Kollege aus der 1. Instanz hatte im Auftragsschreiben sogar um eine „kurze Bestätigung“ der Auftragsannahme gebeten. Wenn am letzten Tag vor Fristablauf keine Bestätigung vorlag, hätte die Organisationsanweisung greifen müssen.

2) **Beratungspflichten** enden mit **Mandatsübergang** auf den neuen Berater. Der „Altberater“ muss über drohende Fristabläufe belehren. Hier war eine Besonderheit dadurch eingetreten, dass ein vom Steuerberater entworfener Steuererstattungsanspruch dem Mandanten geschickt worden war, ohne dass von dort eine Rückantwort erfolgte. Da der Antrag vom Steuerberater unterschrieben werden musste, war der Vorgang für ihn noch nicht erledigt. Der Altberater hat bei Mandatsübergang keine Belehrung zum Fristablauf für den Erstattungsanspruch erteilt. Der BGH findet den Ansatz für ein haftpflichtiges Verhalten des Beraters im Vertrauen des Mandanten in das rechtzeitige Tätigwerden des Altberaters. Der Fall zeigt, wie wichtig ein gutes **Wiedervorlagensystem** des Beraters ist.

3) **Prospekthaftungsansprüche** aus dem Beitritt zu einem geschlossenen Immobilienfonds verjähren in 6 Monaten ab Kenntnis des Prospektfehlers.

4) Bei **Treuhandauflagen-** und Hinterlegungsanweisungen ermahnt der BGH zu größter Korrektheit. Hat er eine **Anweisung von beiden Vertragsparteien** erhalten, muss er einen späteren **einseitigen Widerruf** nicht beachten.

Das OLG Köln wiederholt zu **Steuerberaterrechnungen**, dass diese **ohne Unterschrift** nicht einforderbar sind. Prozessvortrag kann eine formal unrichtige Rechnung nicht verbessern.

Das OLG Koblenz stellt zur **verbotenen Rechtsberatung** von **Hausverwaltern** fest, dass die Erhebung von **Räumungsklagen nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit deren Haupttätigkeit stehen** und deshalb nicht erlaubt sind.

In diesem Heft finden Sie das **Stichwort- und Entscheidungsregister** für das erste Halbjahr 2001.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BGH: Bundesgerichtshof lässt „Pfändung in die offene Kreditlinie“ zu

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat entschieden, dass die **Pfändung von Ansprüchen eines Bankkunden** aus einem vertraglich vereinbarten **Dispositionskredit** zulässig ist. Dabei ging es um folgenden Fall:

Ein Finanzamt hatte sämtliche Ansprüche eines Steuerschuldners gegen dessen Bank gepfändet. Die verklagte Bank hatte auch nach der Pfändung, obwohl das Girokonto ihres Kunden kein Guthaben auswies, aufgrund eines nach der Behauptung des Finanzamts vertraglich vereinbarten Dispositionskredits Barauszahlungen an den Vollstreckungsschuldner vorgenommen und Überweisungen für ihn ausgeführt. Das klagende Land verlangte diese Geldbeträge in Höhe der noch offenen Steuerforderungen von der Bank heraus.

Die Vorinstanzen wiesen die Klage ab. Das Oberlandesgericht begründete das insbesondere damit, dass die Pfändung eine Blockade des Kontos zur Folge habe, die mit Sinn und Zweck der Zwangsvollstreckung nicht vereinbar sei.

Der Bundesgerichtshof ist dem nicht gefolgt. Er hat zur Zulässigkeit einer solchen Pfändung u.a. ausgeführt:

Mit dem Abruf des vereinbarten Kredits in Form des Überweisungsauftrags oder des Barauszahlungsverlangens entstehe ein Rechtsanspruch auf Auszahlung des Darlehens, der wie jede andere Forderung – auch im Voraus – **pfändbar** sei. Dass der Bankkunde aus seiner Sicht die ihm von der Bank zur Verfügung gestellten Geldmittel nicht zugunsten des Vollstreckungsgläubigers abgerufen habe, sondern um es für andere Zwecke zu verwenden, stelle die Beschlagnahmewirkung der zuvor erlassenen Pfändungsmaßnahme nicht in Frage. Es sei dem Schuldner nicht gestattet, einen Teil seines Vermögens der Zwangsvollstreckung zu entziehen.

Eine Blockade des Kontos und eine dadurch bewirkte Insolvenz seien nicht die zwangsläufige Folge einer Pfändung „in die offene Kreditlinie“. Die Bank werde das Konto nur dann sperren, wenn der Kunde für sie nicht mehr kreditwürdig sei. Wenn dieser Fall tatsächlich eingetreten sei und der Schuldner über keine sonstige Liquidität mehr verfüge, sei er zwar insolvenzreif. Es erscheine jedoch nicht unter allen Umständen wünschenswert, ein sich am Rande der Insolvenz

bewegendes Unternehmen allein mit Hilfe eines ständig debitorisch geführten Bankkontos am Leben zu erhalten und auf diese Weise die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu verzögern.

Da streitig war, ob tatsächlich ein Dispositionskredit vereinbart war oder ob die Bank die Überziehungen nur stillschweigend geduldet hatte, hat der Bundesgerichtshof die Sache zur weiteren Aufklärung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. Für die bloße Duldung einer Kontoüberziehung hatte er bereits im Jahre 1985 entschieden, dass sich daraus gegen die Bank kein pfändbarer Anspruch auf Kredit ergebe. (BGH, Urt. v. 29.3.2001 – IX ZR 34/00)

Pressemitteilung d. BGH v. 29.3.2001

BGH: Grundsatzentscheidung zum Inhalt von Vollmachten für Abschluss von Verbraucherkreditverträgen

Der für Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat eine in Rechtsprechung und Lehre umstrittene Frage entschieden: **Verbraucherkreditverträge**, die durch einen Vertreter des Verbrauchers abgeschlossen werden, **sind auch dann wirksam, wenn die dem Vertreter erteilte Vollmacht nicht die von § 4 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 VerbrKrG für den Kreditvertrag geforderten Mindestangaben über die Kreditbedingungen (z.B. Effektivzinssatz) enthält.**

Die Kläger hatten zur Finanzierung des Erwerbs einer Eigentumswohnung eine Gesellschaft in notarieller Urkunde u.a. dazu bevollmächtigt, für sie Kreditverträge abzuschließen. Diese Vollmacht enthielt – anders als die vom Bevollmächtigten später abgeschlossenen Verträge – keine näheren Angaben über die Kreditbedingungen.

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat die mit der beklagten Bank geschlossenen Darlehensverträge für wirksam erachtet und die Kläger für verpflichtet gehalten, die vertraglich festgelegten Darlehenszinsen zu zahlen. Der Bundesgerichtshof ist dem gefolgt und hat die Revision der Kläger als unbegründet zurückgewiesen. Er hat u.a. ausgeführt:

Die nach § 4 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 VerbrKrG erforderlichen Mindestangaben sollen dem Darlehensnehmer ein vollständiges Bild über die Bedingungen und Kosten des Darlehens verschaffen, damit er die Risiken überblicken kann.

Es ist kein Grund ersichtlich, warum es nicht genügen soll, wenn – wie auch in anderen Bereichen der Stellvertretung – diese Informationen dem Stellvertreter bei Abschluss des Kreditvertrages erteilt werden. Es liegt im Wesen der Stellvertretung, dass der Stellvertreter vom Vertragsgegner die wesentlichen Informationen über die einzelnen Vertragsbedingungen erhält und auf dieser Grundlage die notwendigen Entscheidungen für den Geschäftsherrn treffen darf.

Das Risiko, das mit der Bestellung eines Vertreters einhergeht, wird vom Verbraucherkreditgesetz nicht begrenzt. **Bevollmächtigt ein Verbraucher einen Geschäftsbesorger** mit dem Aushandeln und dem Abschluss eines Darlehensvertrages, so ist es ihm bei der Vollmachtserteilung noch nicht möglich, die Mindestangaben zu machen. Wollte man eine Pflicht zur Aufnahme dieser Angaben in die Vollmachtsurkunde statuieren, so liefe das auf einen Ausschluss der Stellvertretung im Bereich der Verbraucherkredite hinaus.

Der Kreditgeber ist an einer Vollmachtserteilung, die sich allein im Verhältnis zwischen dem Verbraucher als Vollmachtgeber und dem Bevollmächtigten abspielt, nicht beteiligt. **Müsste schon die Kreditvollmacht die Mindestangaben enthalten, hätte der Kreditgeber letztendlich für Versäumnisse einzustehen, auf deren Vermeidung er in aller Regel keinen Einfluss hat.**

(BGH, Urt. v. 24.4.2001 – XI ZR 40/00)

Pressemitteilung d. BGH v. 24.4.2001

BGH: Urteil zum Rückforderungsanspruch wegen Verarmung des Schenkers

Der u.a. für das Schenkungsrecht zuständige X. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat in zwei Urteilen vom 25.4.2001 zur Vererblichkeit und zur Abtretbarkeit des Rückforderungsanspruchs des Schenkers nach § 528 BGB Stellung genommen. **Nach dieser Vorschrift kann der Schenker, soweit er nach der Vollziehung der Schenkung außerstande ist, seinen angemessenen Unterhalt zu bestreiten oder die ihm seinen Verwandten oder seinem Ehegatten gegenüber gesetzlich obliegende Unterhaltspflicht zu erfüllen, von dem Beschenkten die Herausgabe des Geschenks nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung fordern.**

Beiden zugelassenen Revisionen lag folgender Fall zugrunde: Ein Witwer hatte Anfang der 90er Jahre nach dem Tod seiner Frau seinen beiden Töchtern je 17.000 DM geschenkt. Ende 1992 wurde er pflegebedürftig und im Altenkrankenhaus der Klägerin gepflegt, ohne die Kosten dafür zahlen zu können. Der Sozialhilfeträger lehnte – u.a. unter Hinweis auf die Schenkung an die Töchter – eine Übernahme der Pflegekosten ab.

Nach dem Tod des Schenkers im April 1994 schlugen die Töchter das Erbe aus. Der für die unbekannten – anstelle der Töchter berufenen – Erben bestellte Nachlasspfleger trat den Anspruch des Schenkers nach § 528 BGB an die Klägerin ab. Die Klägerin hat (entsprechend ihren jeweiligen Wohnsitzen) die eine Tochter vor dem Landgericht Duisburg, die andere vor dem Landgericht Düsseldorf jeweils auf Zahlung von 17.000 DM in Anspruch genommen.

Beide Landgerichte haben die Beklagten verurteilt. Der mit der Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Duisburg befasste 26. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf hat die Berufung zurückgewiesen. Dagegen hat der 1. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf auf die Berufung der anderen Tochter das Urteil des Landgerichts Düsseldorf abgeändert und die Klage abgewiesen.

Der Bundesgerichtshof hat im erstgenannten Fall die Verurteilung der Beklagten zur Rückzahlung bestätigt und im zweiten Fall das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an das Berufungsgericht zurückverwiesen.

Er hat sich dabei im Wesentlichen auf die Erwägung gestützt, dass das Gesetz es grundsätzlich der Entscheidung des bedürftigen Schenkers überlässt, ob er den Rückforderungsanspruch geltend machen will oder nicht. Der Schenker kann sich mit einem geringeren Maß an Unterhalt begnügen, wenn er sich scheut, das einmal gemachte Geschenk zurückzufordern. **Das Rückforderungsrecht ist insofern an die Person des Schenkers gebunden.**

Der Geltendmachung des Anspruchs durch den Schenker hat der Bundesgerichtshof jedoch den Fall gleichgestellt, dass der Schenker durch die Inanspruchnahme unterhaltssichernder Leistungen Dritter zu erkennen gibt, dass er ohne die Rückforderung des Geschenks nicht in der Lage ist, seinen notwendigen Unterhalt zu bestreiten.

Konnte der Schenker sich nicht mit dem begnügen, was ihm für seinen Unterhalt noch zur Verfügung stand, sondern war wegen seiner Pflegebedürftigkeit darauf angewiesen, Leistungen Dritter in Anspruch zu nehmen, zu deren Bezahlung er ohne Rückforderung des Geschenks nicht in der Lage war, **geht deshalb der entstandene Rückforderungsanspruch auch mit dem Tod des Schenkers nicht unter. Er kann von dem Erben abgetreten werden, um den Zahlungsanspruch des Heim- oder Krankenhausträgers zu erfüllen, der durch die Pflege den Unterhaltsbedarf des bedürftigen Schenkers sichergestellt hat.**

(BGH, Urt. v. 25.4.2001 – X ZR 205/99 u. X ZR 229/99)

Pressemitteilung d. BGH v. 25.4.2001

Fristenkontrolle

- Rechtsmittelauftrag an RA 1. Instanz
 - Bestätigung des Rechtsmittelanwalts
 - Eingang der Mandatsbestätigung
 - Wiedereinsetzungsantrag, neue Tatsachen im Beschwerdeverfahren
- (BGH, Beschl. v. 25.1.2001 – IX ZB 120/00)

Leitsatz:

Ein erstinstanzlicher Prozessbevollmächtigter, der von seinem Mandanten mit einem Rechtsmittelauftrag betraut ist, hat regelmäßig in eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass der Rechtsmittelanwalt den Auftrag innerhalb der laufenden Rechtsmittelfrist bestätigt, und den rechtzeitigen Eingang dieser Bestätigung zu überwachen.

Aus den Gründen:

I.

Das den Beklagten nachteilige Urteil des Landgerichts wurde ihren Prozessbevollmächtigten am 26.7.2000 zugestellt. Am 28.8.2000 (Montag) ging beim Oberlandesgericht um 15.31 Uhr eine nicht unterschriebene Berufungsschrift als Fax ein, der folgendes Schreiben des erstinstanzlichen sachbearbeitenden Rechtsanwalts S. von demselben Tage an den beim Oberlandesgericht zugelassenen Rechtsanwalt Dr. F. beigefügt war:

„In der vorbezeichneten Angelegenheit nehmen wir Bezug auf das am heutigen Tage geführte Telefonat und überreichen anliegende Berufungsschrift mit der Bitte, diese auszufertigen und noch heute (Fristablauf) beim OLG ... einzureichen. Wir bitten um kurze Bestätigung.“

Am 29.8.2000 ging beim Oberlandesgericht eine von Rechtsanwalt Dr. F. unterzeichnete Berufungsschrift ein mit dem Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Diesen Antrag habe die Beklagten mit dem am 12.9.2000 eingegangenen Schriftsatz wie folgt begründet: Das Schreiben des Rechtsanwalts S. vom 28.8.2000 habe Rechtsanwalt Dr. F. am folgenden Tage mit der Post erhalten. Sie – die Beklagten – hätten Rechtsanwalt S. gebeten, einen Berufungsanwalt zur Durchführung des Berufungsverfahrens zu beauftragen. Dessen Mitarbeiterin Sch. habe telefonisch die Adresse und Faxnummer der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. F. sowie die Faxnummer des Oberlandesgerichts erfragt.

Danach habe Rechtsanwalt S. mit Rechtsanwalt Dr. F. telefonisch gesprochen. Dieser habe sich bereit erklärt, das Berufungsmandat zu übernehmen. Dabei habe er darauf hingewiesen, dass er telefonisch keine Daten aufnehme, sondern ihm das Urteil sowie ein entsprechendes Auftragsschreiben als Telefax übermittelt werden könne; erst nach Eingang dieser schriftlichen Beauftragung sei er bereit, tätig zu werden. Damit sei Rechtsanwalt S. einverstanden gewesen. Da Dr. F. noch nicht beauftragt gewesen sei, habe er sich bezüglich des Gesprächs keine Notizen gemacht.

Nach dem Telefonat habe Rechtsanwalt S. seine Mitarbeiterin angewiesen, Dr. F. die Berufungsschrift sowie das Anschreiben mit der Beauftragung und das anzufechtende Urteil als Telefax vorab zu übersenden. Bei der Erledigung dieses Auftrags habe die Mitarbeiterin versehentlich nicht die Faxnummer der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. F., sondern diejenige des Oberlandesgerichts angegeben. Eine solche Verwechslung sei der Mitarbeiterin Sch., die äußerst sorgfältig und erfahren sei, zuvor noch nicht unterlaufen.

Als Rechtsanwalt S. die Absendung des Fax anhand des fehlerfreien Übersendungsprotokolls kontrolliert habe, sei ihm die Verwechslung der Faxnummern nicht aufgefallen, weil er zum ersten Mal mit Dr. F. zusammengearbeitet habe. Das Oberlandesgericht habe weder Rechtsanwalt S. noch Rechtsanwalt Dr. F. über den Eingang des Telefax unterrichtet.

Das Berufungsgericht hat die Wiedereinsetzung versagt und die Berufung als unzulässig verworfen.

II.

Die form- und fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde ist zulässig (§§ 519b, 547, 577 ZPO), aber unbegründet.

1. Das Berufungsgericht hat zu Recht ausgeführt, dass nach der – glaubhaft gemachten – Begründung des zulässigen Wiedereinsetzungsantrags von einem eigenen Verschulden des erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten an der Versäumung der Berufungsfrist auszugehen ist, das sich die Beklagten zurechnen lassen müssen (§§ 85 Abs. 2, 233, 516 ZPO).

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs erschöpft sich die Sorgfaltspflicht eines erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten, der von seinem Mandanten mit einem Rechtsmittelauftrag betraut ist, regelmäßig nicht mit dem rechtzeitigen Absenden des Auftragsschreibens. Vielmehr hat dieser Rechtsanwalt in eigener Verantwortung auch dafür Sorge zu tragen, dass der **Rechtsmittelanwalt den Auftrag innerhalb der laufenden Rechtsmittelfrist bestätigt, und den rechtzeitigen Eingang dieser Bestätigung zu überwachen.** Bleibt die Mandatsbestätigung des zweitinstanzlichen Rechtsanwalts aus, so muss der erstinstanzliche Prozessbevollmächtigte rechtzeitig vor Ablauf der Rechtsmittelfrist Rückfrage halten.

Dafür hat der Rechtsanwalt **das mit der Führung des Fristenkalenders betraute Personal entweder allgemein oder im jeweiligen Einzelfall anzuweisen, den Ablauf der Rechtsmittelfrist als selbstständige Frist festzuhalten und damit dafür zu sorgen, dass die Sache ihm noch einmal vorgelegt wird, wenn sich nicht zuverlässig feststellen lässt, dass der Rechtsmittelanwalt sich zur rechtzeitigen Einlegung des Rechtsmittels bereit gefunden hat.**

Ist dagegen zwischen den Rechtsanwälten im Einzelfall oder allgemein abgesprochen, dass der zweitinstanzliche Anwalt einen Rechtsmittelauftrag annehmen, prüfen und ausführen wird, so kann sich der erstinstanzliche Anwalt bei ordnungsgemäßer Büroorganisation grundsätzlich darauf verlassen, dass der Auftrag den Rechtsmittelanwalt rechtzeitig erreicht.

In einem solchen Fall besteht eine Pflicht des erstinstanzlichen Anwalts zu Nachforschungen allenfalls dann, wenn sich ihm nach den konkreten Umständen die Befürchtung aufdrängen muss, dass mit dem Auftrag etwas nicht in Ordnung sei (BGH, *Beschl. v. 11.7.1988 - II ZB 5/88*, NJW 1988, 3020 f; v. 5.6.1997 - X ZB 2/97, NJW 1997, 3245, jeweils m.w.N.).

Mit Rücksicht darauf hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei angenommen, der erstinstanzliche Prozessbevollmächtigte der Beklagten habe seine Sorgfaltspflicht schuldhaft verletzt. Nach der Begründung des Wiedereinsetzungsantrags wurde im Telefongespräch der Rechtsanwälte noch keine verbindliche Absprache getroffen, dass Rechtsanwalt Dr. F. den Rechtsmittelauftrag annehmen und ausführen werde. Vielmehr hat dieser bei diesem Gespräch zum Ausdruck gebracht, dass er sich noch nicht als beauftragt ansehe, sondern erst nach Eingang des Auftrags Schreibens und des anzufechtenden Urteils bereit sei, tätig zu werden.

Dementsprechend hat der erstinstanzliche Prozessbevollmächtigte in seinem Schreiben an Rechtsanwalt Dr. F. vom 28.8.2000, das als Auftrags Schreiben zu werten ist, „um kurze Bestätigung“ gebeten. Danach hätte der erstinstanzliche Rechtsanwalt an diesem Tage, an dem die Berufungsfrist abließ, die Bestätigung des Auftrags durch den zweitinstanzlichen Rechtsanwalt überwachen und nach deren Ausbleiben rechtzeitig Rückfrage halten müssen. Zur Erfüllung seiner entsprechenden Sorgfaltspflicht hätte er sein mit Fristenangelegenheiten betrautes Personal anweisen müssen, ihm die Sache nach Ausbleiben der Bestätigung nochmals rechtzeitig vorzulegen.

Weder aus der Begründung des Wiedereinsetzungsantrags noch aus den beigefügten eidesstattlichen Versicherungen des erstinstanzlichen Rechtsanwalts und seiner Angestellten Sch. ergibt sich, dass der erstinstanzliche Anwalt solche Maßnahmen ergriffen hat. Hätte er dies getan, so wäre die Berufungsfrist nicht versäumt worden.

An dem Verschulden des erstinstanzlichen Rechtsanwalts ändert es nichts, dass die mit dem Posteingang des Oberlandesgerichts befassten Personen das erst nach Ablauf der Kernarbeitszeit eingegangene Schreiben des erstinstanzlichen Prozessbevollmächtigten an den Rechtsmittelanwalt vom 28.8.2000 nicht sofort weitergeleitet haben.

2. Das neue Vorbringen der Beklagten im Beschwerdeverfahren, das durch eidesstattliche Versicherung des erstinstanzlichen Rechtsanwalts bekräftigt wird, kann die Wiedereinsetzung nicht rechtfertigen.

a) Dieses Vorbringen kann ein Verschulden des erstinstanzlichen Rechtsanwalts nicht ausräumen, soweit geltend gemacht wird, die Bitte um Bestätigung im Schreiben vom 28.8.2000 an den Rechtsmittelanwalt habe sich nicht darauf bezogen, dass die Berufung noch an demselben Tage eingelegt worden sei. Vielmehr sei eine allgemeine, zwischen den Anwälten verschiedener Instanzen übliche Bestätigung der Mandatsaufnahme gemeint gewesen. **Falls damit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass der erstinstanzliche Rechtsanwalt auf eine rechtzeitige Bestätigung des Rechtsmittelauftrags noch am Tage des Fristablaufs keinen Wert gelegt hat, so hat er schon damit seine Sorgfaltspflicht verletzt und die Versäumung der Berufungsfrist herbeigeführt.**

Die Beklagten haben ihr vorinstanzliches Vorbringen im Beschwerdeverfahren insoweit bekräftigt, als sie behauptet haben, Rechtsanwalt Dr. F. sage eine unverzügliche Einlegung der Berufung erst nach Eingang der entsprechenden schriftlichen Beauftragung zu.

b) Nicht berücksichtigt werden darf das neue Vorbringen der Beklagten im Beschwerdeverfahren, ihr erstinstanzlicher Prozessbevollmächtigter habe für die Erteilung von Berufungsmandaten die allgemeine Anweisung erteilt, das Anschreiben an den Rechtsmittelanwalt vorab als Telefax zu versenden, einen Sendebericht auszudrucken und in angemessener Zeit nach Versenden des Telefax (etwa ein bis zwei Stunden, jedenfalls rechtzeitig vor Büroschluss) den beauftragten Kollegen anzurufen, den Empfang des Telefax bestätigen zu lassen und nachzufragen, ob alle laufenden Fristen bekannt und erfasst seien und alle erforderlichen Unterlagen vorlägen.

Bei Fristablauf an demselben Tage weise der erstinstanzliche Rechtsanwalt – wie im vorliegenden Fall – seine Mitarbeiterin an, das Anschreiben sogleich zu verfassen und mit den erforderlichen Unterlagen zur Unterschrift vorzulegen; nach Kontrolle habe der sofortige Versand der Unterlagen als Telefax und telefonische Nachfrage beim beauftragten Kollegen innerhalb von 15 bis 20 Minuten nach Versendung des Telefax zu erfolgen. Außerdem bestehe die allgemeine

Steuerberaterhaftung

Anweisung, im Fall irgendwelcher Probleme sofort und unverzüglich den Rechtsanwalt zu unterrichten. Diese Anweisungen seien stichprobenartig überwacht worden. Frau Sch. habe im vorliegenden Fall den Nachfrageanruf unterlassen; dies sei bisher noch nie vorgekommen.

Zwar kann eine Beschwerde grundsätzlich auch auf neue Tatsachen gestützt werden (§ 570 ZPO). Soweit sich die Beschwerde jedoch – wie im vorliegenden Fall – gegen die Versagung einer Wiedereinsetzung richtet, **müssen alle Tatsachen, die eine Wiedereinsetzung begründen sollen, innerhalb der zweiwöchigen Antragsfrist vorgebracht worden sein** (§§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO). Lediglich erkennbar unklare oder ergänzungsbedürftige Angaben, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten gewesen wäre, dürfen nach Ablauf dieser Frist erläutert und vervollständigt werden.

Keinesfalls darf mit der Beschwerde neuer Vortrag über organisatorische Maßnahmen nachgeschoben werden, auf deren Fehlen die Versagung der Wiedereinsetzung im angefochtenen Beschluss gestützt worden ist (BGH, *Beschl.* v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97, NJW 1997, 2120, 2121; v. 5.10.1999 – VI ZB 22/99, NJW 2000, 365, 366, jeweils m.w.N.).

Entgegen der Ansicht der Beklagten handelt es sich bei ihrem neuen Vortrag nicht um eine Ergänzung ihres vorinstanzlichen Vorbringens. Vielmehr hat ihre Begründung des Wiedereinsetzungsantrags eine in sich geschlossene Sachverhaltsdarstellung enthalten, der im Beschwerdeverfahren ein anderer, ebenfalls in sich geschlossener Sachverhalt gegenübergestellt wird. Auf diese Weise darf die Zweiwochenfrist der §§ 234 Abs. 1, 236 Abs. 2 ZPO nicht umgangen werden.

Dieses Ziel können die Beklagten auch nicht erreichen, indem sie geltend machen, im Ergebnis beruhe der angefochtene Beschluss auf Gründen, deren Entscheidungserheblichkeit jedenfalls für sie überraschend gewesen sei. Die den Beklagten nachteilige Entscheidung des Oberlandesgerichts beruht – im Rahmen der vorstehenden Ausführungen – auf einer rechtsfehlerfreien Beurteilung der ihm unterbreiteten Begründung des Wiedereinsetzungsantrags. Es war Sache der anwaltlich vertretenen Beklagten, nach Versäumung der Berufungsfrist innerhalb der genannten Zweiwochenfrist andere oder weitere Tatsachen, die eine Wiedereinsetzung begründeten, gemäß § 236 Abs. 2 ZPO vorzubringen.

- Belehrung bei Mandatsende
 - Mitverschulden des Mandanten
 - Fristversäumnis
 - Anmerkung RA Dr. Gräfe
- (BGH, *Urt.* v. 18.1.2001 – IX ZR 223/99)

Leitsatz:

Ein Steuerberater ist verpflichtet, bei Beendigung des Mandats auf die Gefahr des Ablaufs der Frist für eine Antragstellung hinzuweisen, wenn für ihn erkennbar ist, dass der Mandant – unabhängig vom Umfang des Mandats – aufgrund von dessen früherem Verhalten darauf vertraut, dass er (der Berater) den Antrag von sich aus stellen werde.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin, eine Kapitalgesellschaft niederländischen Rechts, kaufte durch notariellen Vertrag vom 30.11.1989/22.1.1990 von ihrem Gesellschafter und jetzigen Streithelfer ein Grundstück für 20 Mio. DM. Die dadurch anfallende Grunderwerbsteuer setzte das Finanzamt auf 400.000 DM fest. Auf Einspruch, den die Rechtsvorgängerin der Beklagten, eine Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatergesellschaft (im Folgenden: Beklagte), im Auftrag der Klägerin einlegte, wurde die Steuerschuld auf 386.870 DM herabgesetzt.

Da die Klägerin die ihr im Grundstückskaufvertrag auferlegte Verpflichtung, in Höhe eines Kaufpreisteils von 16 Mio. DM die Befreiung des Verkäufers von der persönlichen Haftung für die dinglichen Belastungen des Grundstücks zu erwirken, nicht erfüllen konnte, machte der Streithelfer vor Eigentumsübertragung von dem ihm für diesen Fall eingeräumten Recht, den Vertrag rückgängig zu machen, Gebrauch. Die Beklagte übersandte ihm am 18.9.1992 den Entwurf eines an das Finanzamt gerichteten, von ihr zu unterzeichnenden Schreibens, mit dem die Aufhebung der Grunderwerbsteuerfestsetzung nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 GrEStG beantragt werden sollte. Die Unterzeichnung und Absendung des Schreibens unterblieb. Mit Schreiben vom 1.9.1993 legte die Beklagte das Mandat nieder.

Die Klägerin wirft der Beklagten vor, sie habe nicht, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, durch rechtzeitige Antragstellung bis zum Ablauf der dafür maßgeblichen Frist am 31.12.1994 dafür

gesorgt, dass ihr, der Klägerin, nach Rückgängigmachung des Grundstückskaufvertrages die gezahlte Grunderwerbsteuer erstattet wurde.

Das Landgericht hat die auf Zahlung von 386.670 DM zzgl. 10,25 % Zinsen seit dem 1.3.1993 gerichtete Klage abgewiesen; das Berufungsgericht hat ihr in Höhe von 96.667,50 DM zzgl. 4 % Zinsen seit dem 27.8.1996 stattgegeben und im Übrigen die Klageabweisung bestätigt. Dieses Urteil haben sowohl die Klägerin und ihr Streithelfer als auch die Beklagte im Rahmen ihrer jeweiligen Beschwerde mit dem Rechtsmittel der Revision angegriffen.

Der Senat hat die Revision der Beklagten nicht zur Entscheidung angenommen und die Revision der Klägerin und ihres Streithelfers durch Beschluss als unzulässig verworfen, soweit die Klage wegen eines Teils der Zinsen auf den zuerkannten Betrag abgewiesen worden ist. Die Revision der Klägerin führt zur Aufhebung und Zurückverweisung, soweit die Klage in Höhe von 290.002,50 DM zzgl. darauf entfallender Zinsen abgewiesen worden ist.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, es sei aufgrund der erstinstanzlich durchgeführten Beweisaufnahme weder bewiesen, dass die Beklagte von der Klägerin ein umfassendes steuerliches Mandat, noch dass sie „definitiv“ einen Auftrag zur Einreichung eines Antrags auf Rückerstattung der Grunderwerbsteuer erhalten habe. Die Beklagte habe gleichwohl „im Zusammenhang mit dem Grunderwerbsteuervorgang“ seit 1992 mit der Klägerin „in vertraglichen Beziehungen“ gestanden. Sie habe sich gutachtlich mit der Angelegenheit befasst, ein Schreiben an das Finanzamt entworfen und angekündigt, die Rückerstattung beantragen zu wollen.

Selbst wenn sie hierzu aus ihrer Sicht im November 1992 einer endgültigen Auftragserteilung noch entgegengesehen habe, habe sie die nahe liegende Möglichkeit in Betracht ziehen müssen, dass die Klägerin im Hinblick auf die soeben erwähnten Umstände auf eine umgehende Vollziehung der bereits vorbereiteten Antragstellung vertrauen könnte. Das habe für sie in Form einer rechtlichen Nebenverpflichtung die Notwendigkeit begründet, auf die unterbliebene Antragstellung hinzuweisen.

Die Klägerin treffe jedoch an dem Verlust des Erstattungsanspruchs ein überwiegendes Mitverschulden. Sie habe bis zur Mandatsniederlegung durch die Beklagte nicht „definitiv“ gewusst, ob der Antrag tatsächlich beim Finanzamt eingereicht worden sei, und hätte deshalb nachfragen müssen. Die Untätigkeit der Klägerin bis zum Ablauf der Festsetzungsfrist Ende 1994 sei ein schwerer Verstoß gegen ihre eigenen Obliegenheiten und habe zur Folge, dass sie den ihr entstandenen Schaden zu 3/4 selbst tragen müsse.

II.

Das Berufungsurteil kann mit dieser Begründung, soweit es um die Frage des Mitverschuldens geht, nicht bestehen bleiben.

1. Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat die Klägerin der Beklagten **zwar nicht „definitiv“ den Auftrag erteilt**, den von dieser schon vorbereiteten Antrag beim Finanzamt einzureichen. **Es bestanden danach aber in der Grunderwerbsteuerangelegenheit von 1992 bis zur Mandatsbeendigung „vertragliche Beziehungen“ zwischen den Parteien.** Daraus ergab sich, ohne dass es darauf ankommt, ob die Beklagte umfassend mit der Bearbeitung der steuerlichen Angelegenheiten der Klägerin beauftragt war, für die Beklagte die Verpflichtung, die Klägerin über Möglichkeit und Voraussetzungen eines Anspruchs auf Erstattung der bereits gezahlten Grunderwerbsteuer zu unterrichten.

Tatsächlich hat sie das insoweit getan, als sie ein Antragsschreiben an das Finanzamt entwarf und den Entwurf der Klägerin zu Händen des Streithelfers zur Prüfung übersandte. Ein entsprechendes Schreiben konnte so, wie es konzipiert war, ohne ihr, der Beklagten, weiteres Tätigwerden nicht an das Finanzamt abgesandt werden, denn **es sah ihre Unterschrift vor. So lange ihr diese nicht abverlangt wurde, konnte die Beklagte nicht davon ausgehen, dass der Antrag beim Finanzamt gestellt war.**

Das Berufungsgericht hat darüber hinaus festgestellt, die Beklagte habe damit rechnen müssen, dass die Klägerin darauf vertraute, dass sie, die Beklagte, nach dem vom Streithelfer erklärten Rücktritt vom Kaufvertrag die Antragstellung umgehend „vollziehen“ werde.

Unter diesen besonderen Umständen war die Beklagte verpflichtet, **spätestens bei Beendigung**

des Mandats die Klägerin darauf aufmerksam zu machen, dass der Antrag noch nicht beim Finanzamt eingereicht war, und sie außerdem darüber zu unterrichten, bis wann der Antrag gestellt werden musste.

Der Auftraggeber hat zwar keinen Anspruch darauf, bei Mandatsende umfassend über die Sach- und Rechtslage sowie die sich daraus ergebende zweckmäßige künftige Sachbehandlung unterrichtet zu werden (BGH, Urt. v. 24.10.1996 - IX ZR 4/96, WM 1997, 77, 78; v. 28.11.1996 - IX ZR 39/96, WM 1997, 321, 322, jeweils für einen Fall der Anwaltshaftung). Der Steuerberater muss aber, ebenso wie der Rechtsanwalt, auf eine ihm erkennbare Gefahr, die dem Auftraggeber bei Beendigung des Mandats insbesondere durch den mit einem Rechtsverlust verbundenen Ablauf einer Frist droht, **jedenfalls dann hinweisen, wenn er die Gefahr selbst mitverursacht hat** (BGH, Urt. v. 28.11.1996, a.a.O.).

Dem steht der hier gegebene Fall gleich, dass der Mandant für den Berater erkennbar aufgrund von dessen früherem Verhalten darauf vertraut, dass dieser das Erforderliche von sich aus veranlassen werde.

Aus diesen Gründen hat der Senat die Revision der Beklagten nicht zur Entscheidung angenommen.

2. Die Revision wendet sich dagegen, dass das Berufungsgericht der Klägerin ein - überwiegendes - **Mitverschulden** zur Last gelegt hat. Damit hat sie Erfolg.

Grundsätzlich trifft denjenigen, der sich auf die ordnungsgemäße Ausführung des einem Fachmann übertragenen Auftrags verlässt, auch dann kein Mitverschulden, wenn er die Unzulänglichkeit der Auftragserfüllung bei gehöriger Sorgfalt hätte erkennen können. Anders ist es nur, wenn er etwas versäumt, was in den Bereich seiner Eigenverantwortung fällt (BGH, Urt. v. 15.4.1997 - IX ZR 70/96, WM 1997, 1396, 1398 m.w.N.; v. 11.12.1997 - IX ZR 278/96, WM 1998, 302, 304).

Das Berufungsgericht hat Letzteres der Sache nach angenommen, weil es sich nicht feststellen lasse, dass die Klägerin der Beklagten im Rahmen des die Grunderwerbsteuerangelegenheit betreffenden Beratungsauftrags auch die Aufgabe übertragen habe, für sie den Erstattungsantrag unmittelbar beim Finanzamt einzureichen.

Blieb die Antragstellung als solche die Sache der Klägerin, dann stellte es in der Tat eine Außerachtlassung ihrer eigenen Obliegenheiten dar, wenn sie sich darum nicht weiter kümmerte. Die Würdigung, der das Berufungsgericht den Tatsachenstoff unterzogen hat, ist jedoch, wie die Revision zutreffend rügt, insoweit verfahrensfehlerhaft.

Das Berufungsgericht hat gemeint, es lasse sich nicht feststellen, dass die Beklagte von der Klägerin beauftragt worden ist, einen Antrag auf Erstattung der Grunderwerbsteuer zu stellen. Demgegenüber rügt die Revision mit Recht, dass das Berufungsgericht bei seiner Sachverhalts- und Beweiswürdigung den Prozessstoff nicht ausgeschöpft hat.

Das Berufungsgericht hat den Umstand, dass die Beklagte dem Streithelfer am 18.9.1992 den Entwurf eines an das Finanzamt gerichteten Antrags übersandte, noch nicht als ein sicheres Indiz für eine „definitive“ Auftragserteilung gewertet. Dabei hat es nicht erkennbar berücksichtigt, dass der Entwurf des Antragsschreibens so abgefasst war, dass er von der Beklagten als offener Stellvertreterin der Klägerin zu unterzeichnen war.

Die sich daraus ergebende Indizwirkung wird nicht ohne weiteres durch den Hinweis der Revisionserwiderung auf die Praxis entkräftet, wonach ein Rechtsmittelanwalt oftmals eine Rechtsmittelbegründung entwirft, ohne bereits einen Auftrag erhalten zu haben, den Entwurf auch einzureichen; denn mit einem solchen Entwurf sollen zunächst die Erfolgsaussichten des Rechtsmittels dargelegt werden, und es bleibt der Entscheidung des Mandanten überlassen, ob er auf der Grundlage des Entwurfs das Rechtsmittelverfahren durchführen will. Eine solche Bedeutung kam dem Antragsschreiben, mit dem ein feststehender Anspruch beim Finanzamt geltend gemacht werden sollte, nicht zu.

Das Berufungsgericht hat dem im September 1992 verfassten und übersandten **Antragsschreiben** auch deswegen keine ausschlaggebende Bedeutung beigemessen, weil damals die Voraussetzungen für die Aufhebung der Steuerfestsetzung noch nicht geschaffen gewesen seien.

Das lässt indessen - auch dies beanstandet die Revision zu Recht - **eine Auseinandersetzung mit der an anderer Stelle des Berufungsurteils erwähnten Aussage des durch das Landgericht vernommenen Zeugen W. vermissen, wonach**

bei einer Besprechung im November 1992 Klarheit darüber bestanden habe, dass Dr. P., der damals bei der Beklagten mit der Bearbeitung der Angelegenheit befasst war, den Antrag beim Finanzamt stellen werde, „sobald die Rückabwicklung des Grundstückskaufvertrages vollzogen sein sollte“.

Der Beklagten wurde der Rücktritt des Streithelfers vom Vertrag unmittelbar durch den beurkundenden Notar mit Schreiben vom 15.12.1992 mitgeteilt.

III.

Das Berufungsurteil ist danach aufzuheben, soweit zum Nachteil der Klägerin entschieden worden ist. Da der Rechtsstreit, soweit er nicht durch den Beschluss des Senats vom 5.10.2000 erledigt ist, nicht entscheidungsreif ist, ist die Sache an das Berufungsgericht zurückzuweisen. Für die weitere Sachbehandlung weist der Senat auf Folgendes hin:

Das Berufungsgericht hat in seiner Annahme, dass die Klägerin für die Beklagte erkennbar „auf eine umgehende Vollziehung der bereits vorbereiteten Antragstellung“ vertraut haben könnte, keine Grundlage für einen diese Aufgabe umfassenden Vertragsschluss gesehen. **Dabei hat es in rechtlicher Hinsicht in Betracht gezogen, dass in einem solchen nach außen zum Ausdruck gekommenen Vertrauen der Klägerin und der widerspruchslosen Hinnahme einer derartigen Erwartung durch die Beklagte ein stillschweigender Vertragsschluss liegen könnte.**

Wie eine – auch stillschweigende – Willenserklärung zu verstehen ist, richtet sich nach dem objektiven Gehalt, den sie aus der Sicht des Empfängers hat. Das Berufungsgericht wird das Verhalten der Parteien unter diesem Gesichtspunkt bei der erneuten Prüfung der Mitverschuldensfrage zu würdigen und im Übrigen, soweit dann noch erforderlich, die Ausführungen zu II. zu beachten haben.

In seine abschließende tatrichterliche Beurteilung wird es dann auch, falls es darauf noch ankommt, das in der letzten mündlichen Verhandlung in der Berufungsinstanz von der Klägerin vorgelegte Schreiben vom 13.7.1992, dessen Berücksichtigung es bisher unter Verspätungsgesichtspunkten abgelehnt hat, einzubeziehen haben. Die Zulassung dieses Beweismittels kann nach der Zurückverweisung der Sache die Erledigung des Rechtsstreits nicht mehr verzögern.

In der neuen Berufungsverhandlung haben die Klägerin und ihr Streithelfer auch Gelegenheit, die in der Revisionsbegründung enthaltenen weiteren Einwendungen gegen die bisherige Beweiswürdigung des Berufungsgerichts vorzutragen.

Anmerkung (RA Dr. Gräfe):

Grundsätzlich endet jede Beratungs- und Hinweispflicht mit dem Mandatsende. Bei Mandatsübergängen ist der Berater verpflichtet, den Mandanten über drohende Fristabläufe zu belehren, wenn diese kurzfristig nach Mandatsablauf einzutreten drohen (BGH, NJW-RR 1990, 459 = GI 1990, 112; NJW 1997, 254 = GI 1997, 55).

Im vorliegenden Sachverhalt liegen zwischen dem Mandatsende und dem drohenden Fristablauf immerhin noch 1 1/4 Jahre. Dies scheint zu einer Ausdehnung der Belehrungspflicht auch auf weitläufige Fristabläufe zu zielen.

Im Verhältnis zwischen Mandant und Berater scheint etwas „schief gelaufen“ zu sein. Der Entwurf für einen Erstattungsantrag der Mandantin war erstellt und dem Verkäufer des Grundstücks zur Prüfung zugeleitet worden. Es fehlte nur noch an der Unterschrift des Steuerberaters. Die Sache war aber „im Nichts ausgefallen“, d.h. eine Rückmeldung war weder vom Käufer noch von der Mandantin erfolgt.

Der Steuerberater hat wahrscheinlich hierauf vertraut und ging davon aus, dass die Rückübertragung des Grundstücks nicht stattgefunden habe bzw. der Antrag von der Mandantin zwischenzeitlich selbst erstellt worden sei. In diesem Fall wäre entweder ein Erstattungsanspruch bezüglich der Grunderwerbsteuer entfallen oder die Angelegenheit durch rechtzeitigen Antrag erledigt.

Hier eröffnet sich eine vielfältige Möglichkeit für Missverständnisse. Der Berater sollte in allen zukunftsgerichteten Beratungen oder Antragsentwürfen sein Wiedervorlagesystem „in Gang setzen“. So kann verhindert werden, dass Anfangsberatungen oder Antragsentwürfe später zu Haftungsquellen werden.

Bei Notierung einer Wiedervorlagefrist hätte eine Nachfrage bei der Mandantin den Vorgang geklärt. Der Erstattungsantrag wäre mit großer Wahrscheinlichkeit noch vor Mandatsende unterzeichnet und abgeschickt worden.

Prospekthaftung

- Verjährung
- Geschlossener Immobilienfonds
(BGH, Urt. v. 18.12.2000 - II ZR 84/99)

Leitsatz:

Prospekthaftungsansprüche, die sich aus dem Beitritt zu einem geschlossenen Immobilienfonds ergeben, verjähren in sechs Monaten ab Kenntnis des Prospektfehlers, spätestens aber drei Jahre nach dem Erwerb des Anteils.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin zeichnete 1990 zwei Gesellschaftsanteile an einem geschlossenen Immobilienfonds. Entsprechend den Vorschlägen in dem Prospekt finanzierte sie die von ihr aufzubringende Einlage über eine Kapitallebensversicherung. Später geriet sie wegen der durch diese Versicherung eingegangenen Belastungen in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Sie hat dem Beklagten zu 2), dem Herausgeber des Prospekts, vorgeworfen, der Prospekt sei fehlerhaft; das gelte vor allem hinsichtlich des vorgeschlagenen Finanzierungsmodells. Sie hat deswegen ihn und den Beklagten zu 1) - diesen wegen fehlerhafter Anlagevermittlung - auf Schadenersatz in Anspruch genommen.

Vor dem LG und dem OLG hat sie obsiegt. Die Revision des Beklagten zu 1) hat der II. Zivilsenat nicht zur Entscheidung angenommen (vgl. *allgemein zum Annahmeverfahren BGH, Beschl. v. 4.3.1991 - II ZR 188/90, DStR 1991, 584*), während auf die Revision des Beklagten zu 2) die Klage abgewiesen worden ist.

Aus den Gründen:

I.

1. Das Berufungsgericht hat die von dem Beklagten zu 2) erhobene Einrede der Verjährung nicht durchgreifen lassen, weil es von einer Verjährungsfrist von 30 Jahren ausgegangen ist. Die hiergegen gerichteten Angriffe der Revision haben Erfolg.

2. Die **Grundsätze zur allgemeinen Prospekthaftung** hat die Rechtsprechung in Analogie zu den gesetzlich geregelten Prospekthaftungstatbeständen entwickelt (etwa BGHZ 71, 284, 286 ff;

111, 314, 316 ff; 115, 213, 217 ff; DStR 1992, 189; 123; 106, 109 f; DStR 1993, 1560). Diese Tatbestände sehen durchweg vor, dass Ansprüche aus Prospekthaftung in sechs Monaten nach Kenntnis des Anlegers von dem Prospektfehler, spätestens jedoch nach drei Jahren verjähren.

Dies ist etwa in § 20 Abs. 5 KAGG und § 12 Abs. 5 AuslInvestmG sowie seit In-Kraft-Treten des Dritten Finanzmarktförderungsgesetzes vom 1.4.1998 in § 47 BörsG und § 13 VerkaufsprospektG i.V.m. § 47 BörsG vorgesehen. Dabei stellen § 20 Abs. 5 KAGG und § 12 Abs. 5 AuslInvestmG für den Beginn der Dreijahresfrist auf den Kaufvertrag, § 47 BörsG und § 13 VerkaufsprospektG i.V.m. § 47 BörsG auf die Prospektherausgabe ab.

Unter diesen Umständen lag es nahe, die gesetzlichen Bestimmungen nicht nur bei den Haftungsvoraussetzungen, sondern auch bei der Verjährungsfrist als Maßstab zu berücksichtigen. Dies hat dazu geführt, dass der Senat in Anlehnung an die damals bereits in Kraft gewesenen Bestimmungen des § 20 Abs. 5 KAGG und des § 12 Abs. 5 AuslInvestmG entschieden hat, dass auch die in der Rechtsprechung entwickelten Prospekthaftungsansprüche in sechs Monaten ab Kenntnis des Prospektfehlers und spätestens drei Jahre nach dem Beitritt zu der Gesellschaft oder dem Erwerb der Anteile verjähren.

Der Senat sieht keinen Anlass, von diesem seit BGHZ 83, 222, 224 ff vertretenen Standpunkt, der in der Literatur allgemeine Zustimmung gefunden hat (vgl. Assmann, *Prospekthaftung* 1985, S. 371; Kieth, BB 1999, 2253, 2257; Münch-Komm-Emmerich, BGB 3. Aufl., vor § 275 Rdnr. 152; Soergel/Wiedemann, BGB 12. Aufl., vor § 275 Rdnr. 344; Staudinger/Löwisch, BGB 13. Aufl., Vorbem. zu § 275 ff Rdnr. 93; speziell zum geschlossenen Immobilienfonds: Michalski/Schulenburg, NZG 1999, 615; Schmidt/Weidert, DB 1998, 2309, 2313 ff; Wagner, NZG 1999, 614 f), abzugehen.

3. Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts ergibt sich auch aus der Entscheidung des BGH vom 1.6.1994 (VIII ZR 36/93, BGHZ 126, 166 ff; DStR 1994, 1165; NJW 1994, 2226 f) **zu Prospekthaftungsansprüchen bei Bauherrenmodellen** (vgl. auch BGH, Urt. v. 7.9.2000 - VII ZR 433/99, zum Bauträgermodell) weder die Notwendigkeit noch eine Rechtfertigung dafür, die Prospekthaftungsansprüche bei geschlossenen Immobilienfonds in Abweichung von der allgemein für die Prospekthaftung geltenden kurzen Verjährung der dreißigjährigen Verjährungsfrist des

§ 195 BGB zu unterwerfen. Die Entscheidung vom 1.6.1994 basiert auf der Prämisse, dass sich Bauherrenmodelle von anderen Anlageformen grundlegend unterscheiden. Auf dieser Grundlage wird in der Entscheidung zur Verjährung von Prospekthaftungsansprüchen bei Bauherrenmodellen eine Lösung erarbeitet, die ausschließlich in den Besonderheiten dieser Anlageform ihre Ableitung und Erklärung findet.

Im Unterschied zu anderen Anlageformen ist das Bauherrenmodell nicht auf unbestimmte Dauer angelegt; es zielt vielmehr darauf ab, dass der Anleger einen Teil der fraglichen Immobilie nach den Grundsätzen des WEG zu Eigentum erwirbt. Zudem muss der Anleger aus konzeptionellen Gründen als Bauherr der Immobilie auftreten. **Er muss rechtlich und wirtschaftlich dem Werkbesteller gleichstehen.** Allein im Hinblick auf diese Umstände sind die vertraglichen Beziehungen bei Bauherrenmodellen in erheblichem Umfang vom Werkvertragsrecht geprägt. Wegen dieser Besonderheit der Bauherrenmodelle wird in der Entscheidung vom 1.6.1994 bei der Verjährungsfrage ausschließlich auf werkvertragliche Gesichtspunkte abgestellt (BGHZ 126, 166, 171 ff; DStR 1994, 1165).

Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts besteht bereits vom Ansatz her keine Veranlassung, die auf ausschließlich werkvertraglicher Argumentation beruhende Entscheidung vom 1.6.1994 zu Bauherrenmodellen auf geschlossene Immobilienfonds zu übertragen.

Anders als Bauherrenmodelle sind geschlossene Immobilienfonds nicht auf den Erwerb von (Teil-) Grundeigentum ausgerichtet. Ihre Konzeption erfordert es zudem nicht, dass die Anleger rechtlich oder wirtschaftlich die Position eines Bauherren einnehmen. Auch sonst sind die vertraglichen Beziehungen zwischen den Beteiligten nicht von werkvertraglichen Elementen geprägt. Im Vordergrund steht – ähnlich wie bei den Publikumskommanditgesellschaften – ein **auf Dauer angelegter gesellschaftsrechtlicher Zusammenschluss**, wobei diese Fonds sich von anderen gesellschaftsrechtlich geprägten Anlageformen im Wesentlichen lediglich dadurch unterscheiden, dass eine Immobilie (selten mehrere Immobilien) den wesentlichen Vermögensgegenstand der Gesellschaft bildet.

Die Interessenlage gleicht damit derjenigen der Anleger und der Prospektverantwortlichen bei anderen von der Prospekthaftung erfassten Tatbeständen in allen wesentlichen Punkten.

II.

Danach hat der Beklagte zu 2) die Einrede der Verjährung zu Recht erhoben. Die Verjährungsfrist war unstreitig verstrichen, da die Klägerin ihre Anteile 1990 gezeichnet, ihre Schadenersatzansprüche aber erst mit einer im August 1996 eingereichten Klage rechtshängig gemacht hat.

Notarhaftung

- Anwaltsnotar, Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete
 - Treuhandaufgaben, Hinterlegungsanweisungen
 - Unwiderrufliche gemeinsame Weisung
 - Schadenermittlung
- (BGH, Urt. v. 18.11.1999 – IX ZR 153/98)

Leitsätze:

1. Haben die Beteiligten gemeinsam dem Notar eine unwiderrufliche Hinterlegungsanweisung erteilt, braucht der Notar einen einseitigen Widerruf in der Regel nicht zu beachten.

2. Macht der Notar geltend, der durch eine pflichtwidrig veranlasste Auszahlung verursachte Schaden sei durch Tilgung einer anderweitigen Verbindlichkeit seines Auftraggebers gegenüber einem Dritten ausgeglichen worden, trifft den Notar insoweit die Beweislast.

3. Haftet der Notar einer Gesellschaft wegen amtspflichtwidriger Ausführung eines Treuhandauftrages, der dazu diene, im Interesse der Gesellschaft einen ordnungsgemäßen Zahlungsverkehr zu gewährleisten, begründen unberechtigte Zahlungsanweisungen eines Gesellschafters nicht den Einwand des Mitverschuldens, wenn der schuldhaft Notarfehler gerade darin liegt, dass er den Anweisungen Folge geleistet hat.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger und der Beklagte zu 2) gründeten eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (nachfolgend: GbR), um gemeinsam ein Baugebiet zu erschließen, die Baugrundstücke zu parzellieren und an bauwillige Erwerber zu veräußern. Zu diesem Zweck schloss die GbR im Februar und im April 1991 mit den Eigentümern der Bau-

grundstücke gleich lautende so genannte Dienstleistungsverträge, die der Beklagte zu 1) als Notar beurkundete. Nach deren Inhalt sollte die GbR als Beauftragte der Eigentümer R., H. und B. (nachfolgend: Verkäufer) die Baugrundstücke an einzelne Erwerber veräußern. Die Differenz zwischen dem von den Erwerbern zu zahlenden Kaufpreis von 295 DM pro qm und dem mit den Verkäufern vereinbarten Verkaufspreis von 190 DM pro qm sollte der GbR verbleiben; davon wurden 55 DM pro qm für Erschließungskosten und der Rest als Gewinn veranschlagt.

Am 23.7.1991 eröffnete der Beklagte zu 1) bei der Stadtparkasse R. unter der Nr. ... ein Notar-Anderkonto mit der Bezeichnung „Erschließung R./H./B.“ (nachfolgend: Erschließungskonto). Unter dem 8.8.1991 trafen der Kläger und der Beklagte zu 2) eine „unwiderrufliche“ Vereinbarung, in der es u.a. heißt:

„1. Alle aus den bisher abgeschlossenen und in Zukunft abzuschließenden Verträge eingehenden Gelder aus Erschließungskosten (der Grundstückskäufer und der Grundstücksverkäufer) und Überschuss aus Grundstückskaufverträgen werden in voller Höhe zunächst auf das vom ... [Beklagter zu 1)] einzurichtende Konto „Erschließung-J.-str.“ eingezahlt bzw. umgebucht.

2. ...

3. Der Notar wird durch ... [Beklagter zu 2)] zu gegebener Zeit ermächtigt, gegen Vorlage von geprüften Rechnungen Überweisungen zum Zwecke der Erschließung und Durchführung des Bauobjektes vorzunehmen.

4. Der verbleibende Überschuss soll auf das Konto Nr. ... bei der Stadtparkasse R. überwiesen werden, da es zur Vorfinanzierung des Objektes belastet wurde.“

Der Beklagte zu 1) erlangte spätestens am 15.3.1992 Kenntnis von dieser Vereinbarung. In der Zeit von April bis Oktober 1992 tätigte er auf Anweisung des Beklagten zu 2) zu Lasten des Erschließungskontos diverse Überweisungen sowie Bar- und Scheckauszahlungen, insgesamt zehn Positionen, über deren Berechtigung die Parteien streiten.

Im April/Juni 1992 veräußerte die Verkäuferin R. Baugrundstücke an die Erwerber R. und M. Der von diesen zu zahlende Kaufpreis von insgesamt 160.775 DM sollte i.H.v. 103.550 DM

(Kaufpreisanteil von 190 DM pro qm) an die Verkäuferin fließen, im Übrigen der GbR zu kommen.

In den vom Beklagten zu 1) beurkundeten Kaufverträgen – bei deren Abschluss die Verkäuferin R. vom Beklagten zu 2) vertreten wurde – war vereinbart, dass der Kaufpreis von den Erwerbern jeweils auf ein hierfür eingerichtetes Notar-Anderkonto zu zahlen und von dort nach Vorliegen der Auszahlungsvoraussetzungen an die Verkäuferin auf ein von dieser noch mitzuteilendes Konto zu überweisen war.

Tatsächlich zahlten die Erwerber den Kaufpreis nicht auf das in den Kaufverträgen genannte Anderkonto, sondern in bar bzw. per Scheck direkt an den Beklagten zu 2). Dieser führte den Kaufpreis dem Vermögen der GbR nicht zu, sondern behielt ihn für sich. Bereits vor der Zahlung hatte der Beklagte zu 1) am 16./17.7.1992 auf Anweisung des Beklagten zu 2) den Kaufpreisanteil i.H.v. 103.550 DM vom Erschließungskonto an die Verkäuferin R. überwiesen.

Schon am 3.6.1992 hatte der Kläger gegenüber dem Beklagten zu 2) die Vereinbarung vom 8.8.1991 widerrufen. Der Beklagte zu 1) wurde hiervon am selben Tag in Kenntnis gesetzt.

Der Kläger ist der Ansicht, die Auszahlungen und Überweisungen vom Erschließungskonto seien vom Beklagten zu 1) amtspflichtwidrig durchgeführt worden; der Beklagte zu 2) habe damit gesellschaftswidrig eigene Verbindlichkeiten erfüllt. Die daraus entstandenen Schadensersatzansprüche der GbR könne er, der Kläger, im eigenen Namen geltend machen.

Seiner auf gesamtschuldnerische Verurteilung zur Hinterlegung von 412.674,76 DM zugunsten der GbR gerichteten Klage hat das Landgericht durch Teilurteil (hinsichtlich des Beklagten zu 2)) und durch Schlussurteil (hinsichtlich des Beklagten zu 1)) jeweils i.H.v. 380.174,76 DM stattgegeben.

Auf die Berufungen beider Beklagter hat das Oberlandesgericht den Beklagten zu 1) lediglich zur Hinterlegung von 14.022 DM zugunsten der GbR verurteilt und hinsichtlich des Beklagten zu 2) die hilfsweise beantragte Verpflichtung, den Betrag von 363.348,01 DM in die noch zu erstellende Auseinandersetzungsrechnung der GbR einzustellen, festgestellt. Die weitergehenden Klagen wurden abgewiesen.

Mit der Revision hat der Kläger die Wiederherstellung der landgerichtlichen Urteile begehrt, hinsichtlich des Beklagten zu 1) lediglich i.H.v. 308.927,76 DM. Der Senat hat die Revision nur angenommen, soweit die Klage gegen den Beklagten zu 1) auf Hinterlegung eines Betrages von 292.101,01 DM zuzüglich Zinsen zugunsten der GbR abgewiesen wurde. In diesem Umfang verfolgt der Kläger sein Klagebegehren mit der Revision weiter.

Das Rechtsmittel hat im Umfang der Annahme durch den Senat Erfolg.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht ist zutreffend von der **Prozessführungsbefugnis** des Klägers ausgegangen: Zwar ist ein **Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts** im Allgemeinen allein nicht befugt, eine der Gesamthand zustehende Forderung gegen einen Dritten im eigenen Namen gemäß § 432 BGB geltend zu machen. Nach §§ 709 Abs. 1, 730 Abs. 2 Satz 2 BGB können die Gesellschafter, falls nicht ein anderes vereinbart ist, die Geschäfte der Gesellschaft nur gemeinschaftlich führen, mithin auch nur gemeinschaftlich die Forderung einklagen.

In besonders gelagerten Fällen sind aber auch einzelne Gesellschafter prozessführungsbefugt, wenn der andere Gesellschafter sich unter Zurückstellung der Gesellschafterinteressen im bewussten Zusammenwirken mit dem Dritten weigert, an der Geltendmachung einer Gesellschaftsforderung mitzuwirken. Verweigern die anderen Gesellschafter die Einziehung der Forderung aus gesellschaftswidrigen Gründen und ist zudem der verklagte Gesellschaftsschuldner an dem gesellschaftswidrigen Verhalten beteiligt, hat der einzelne Gesellschafter ein berechtigtes Interesse, den Anspruch der Gesellschaft einzuklagen (BGHZ 39, 14, 16 f; BGHZ 102, 152, 154 f; jeweils m.w.N.). Diese Voraussetzungen hat das Berufungsgericht im Streitfall rechtsfehlerfrei bejaht.

II.

Das Berufungsgericht hat weiter ausgeführt, der Beklagte zu 1) habe bei Vornahme der Überweisungen und Auszahlungen vom Erschließungskonto als Notar und nicht als Rechtsanwalt gehandelt.

1. Übernimmt ein **Anwaltsnotar** die Anfertigung von Urkundenentwürfen und die Beratung der Beteiligten, ist anzunehmen, dass er als Notar tätig wird, wenn die Handlung bestimmt ist, Amtsgeschäfte i.S.d. §§ 20 bis 23 BNotO vorzubereiten oder auszuführen; im Übrigen liegt im Zweifel eine Rechtsanwalts-tätigkeit vor (§ 24 Abs. 2 BNotO).

Entscheidend für die Abgrenzung zwischen notarieller und anwaltlicher Tätigkeit ist die Art des ausgeübten Geschäfts. Wird ein Anwaltsnotar als einseitiger Interessenvertreter seines Auftraggebers tätig, so handelt er im Zweifel als Rechtsanwalt. Entspricht seine Rolle derjenigen eines neutralen unparteiischen Betreuers aller Beteiligten (vgl. § 14 Abs. 1 Satz 2 BNotO), handelt er als Notar (BGHZ 134, 100, 104 f m.w.N.; dazu Zugehör in: ZNotP 1997, 42, 43 ff).

2. Nach diesen Grundsätzen hat das Berufungsgericht zu Recht das Handeln des Beklagten zu 1) als notarielle Tätigkeit gewürdigt. Dieser sollte nicht einseitig nur Interessen eines der beiden Gesellschafter der GbR wahrnehmen, sondern für beide Gesellschafter die ihm überlassenen Geldbeträge unparteiisch verwalten. Dies kommt auch in der wiederholten Verwendung der Bezeichnungen „Notar“ und „Notar-Anderkonto“, in der Vereinbarung vom 8.8.1991, im Kontoeröffnungsantrag vom 23.7.1991 und in der Korrespondenz der Parteien zum Ausdruck.

III.

1. Der Beklagte zu 1) hat vom Kläger und dem Beklagten zu 2) einen **Treuhandauftrag** mit dem aus der Vereinbarung vom 8.8.1991 ersichtlichen Inhalt angenommen. Dies geschah dadurch, dass ihm diese Vereinbarung – spätestens am 15.3.1992 – zugegangen ist und er die eingegangenen Gelder über das zuvor schon eingerichtete **Notar-Anderkonto** abgewickelt hat. Aus dem Inhalt der am 8.8.1991 getroffenen Regelung war für den Beklagten ohne weiteres ersichtlich, dass die Hinterlegungsanweisung jedenfalls auch dem Schutz der GbR diene.

Dies hat das Berufungsgericht aufgrund rechtlich einwandfreier tatrichterlicher Würdigung festgestellt. Die dagegen vom Beklagten zu 1) erhobenen Verfahrensrügen hat der Senat geprüft, jedoch nicht für durchgreifend erachtet (§ 565 a ZPO). Die Gesellschaft war damit geschützte Dritte i.S.d. § 19 Abs. 1 BNotO.

2. Das Berufungsgericht meint, schon in der Annahme dieses Auftrags liege ein Verstoß gegen § 14 Abs. 2 BNotO. Da der Notar auf Mitteilung des Beklagten zu 2) das Verwahrut ohne eigenverantwortliche rechtskundige Prüfung habe auszahlen müssen, also nur als Zahlungsstelle fungiert habe, sei durch seine Einschaltung entgegen § 10 Abs. 2 RLNot eine Sicherheit vorgetäuscht worden. Deshalb hätte er an dem Vorgang nicht mitwirken dürfen.

Ob dem zuzustimmen ist, braucht der Senat nicht zu entscheiden. Jedenfalls kann einer in der Annahme des Treuhandauftrags liegenden etwaigen Pflichtverletzung des Beklagten zu 1) der geltend gemachte Schaden nicht zugerechnet werden.

Das Berufungsgericht hat unangefochten und rechtsfehlerfrei festgestellt, **bei einer Ablehnung des Treuhandauftrags durch den Beklagten zu 1) in seiner Eigenschaft als Notar wäre dieser in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt beauftragt worden; auch dann hätte der Beklagte zu 1) den Auftrag in gleicher Weise angenommen.** Das wäre ohne weiteres zulässig gewesen. Der geltend gemachte Schaden beruht daher nicht auf einer in der Annahme des notariellen Auftrags eventuell liegenden Pflichtverletzung.

IV.

Bei den Auszahlungen und Überweisungen vom Erschließungskonto, die jetzt noch im Streit sind, hat der Beklagte zu 1) pflichtwidrig und schuldhaft gehandelt.

1. Ein Notar hat sich streng an die Treuhandaufgaben und Hinterlegungsanweisungen zu halten (BGH, Urt. v. 17.2.1994 - IX ZR 158/93, WM 1994, 647; v. 19.3.1987 - IX ZR 166/86, NJW 1987, 3201, 3202). Um die bei Verwahrungsgeschäften gebotene äußerste Korrektheit sicherzustellen, enthalten die §§ 11 bis 13 DNot (jetzt: §§ 54a-54e BeurkG in der Fassung des Gesetzes vom 31.8.1998, BGBl I 1998, 2585, 2594 ff) zusätzliche Bestimmungen darüber, wie der Notar ein solches Geschäft im Einzelnen abzuwickeln hat. Der Notar hat diese Bestimmungen zu beachten; Verstöße können zu seiner Haftung nach § 19 BNotO führen (vgl. BGHZ 134, 100, 107 m.w.N.).

2. Das Berufungsgericht hat den Inhalt der Treuhandaufgabe zutreffend entsprechend der Vereinbarung vom 8.8.1991 ermittelt. Diese Hinter-

legungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern stellte im vorliegenden Fall zugleich deren **Verwahrungsanweisung** an den Notar dar, die den Inhalt seiner Amtspflichten bei der Abwicklung der Verwahrung bestimmte (vgl. Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 3. Aufl., § 23 Rdnr. 34, 42, 48 m.w.N.). **Danach hatte der Beklagte zu 1) vor jeder Verfügung über das Erschließungskonto zu prüfen, ob eine entsprechende Anweisung des Beklagten zu 2) vorlag, ob dieser Weisung „geprüfte Rechnungen“ zugrunde lagen und ob die geprüften Rechnungen Leistungen „zum Zwecke der Erschließung und Durchführung des Bauobjekts“ zum Gegenstand hatten.**

3. Die Revision wendet sich ohne Erfolg gegen die Auffassung des Berufungsgerichts, der Beklagte zu 1) habe nicht schon deshalb eine Amtspflichtverletzung begangen, weil er trotz des vom Kläger am 3.6.1992 erklärten Widerrufs Überweisungen und Auszahlungen vorgenommen habe.

a) Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, dass der Kläger und der Beklagte zu 2) dem Notar einen **gemeinsamen unwiderruflichen Treuhandauftrag** erteilt haben. Dabei hat das Berufungsgericht erkannt, dass die unter den Beteiligten getroffene - hier ausdrücklich als unwiderruflich bezeichnete - privatrechtliche Vereinbarung zu unterscheiden ist von der an den Notar gerichteten Anweisung (vgl. Arndt/Lerch/Sandkühler, a.a.O., § 23 Rdnr. 111). Die Würdigung, dass auch die an den Notar gerichtete Anweisung in gleicher Weise bindend sein sollte, ist möglich. Die Revision vermag in diesem Punkt keinen Fehler der tatrichterlichen Auslegung aufzuzeigen.

b) Es kann hier dahingestellt bleiben, ob und unter welchen Voraussetzungen der einseitige Widerruf eines von mehreren Personen dem Notar erteilten Treuhandauftrags beachtet werden muss (vgl. BGH, Urt. v. 21.12.1959 - III ZR 180/58, DNotZ 1960, 265, 268 ff; v. 5.7.1990 - IX ZR 10/90, DNotZ 1991, 555, 556 f). Der Kläger hat den von ihm erklärten einseitigen Widerruf des gemeinsam erteilten Auftrags nicht darauf gestützt, dass das mittels der Treuhandvereinbarung abzuwickelnde Rechtsverhältnis unwirksam oder vertraglich aufgehoben worden sei.

Daher hat das Berufungsgericht den Widerruf zu Recht als unwirksam und infolgedessen für den Notar unbeachtlich angesehen (im Ergebnis ebenso Arndt/Lerch/Sandkühler, a.a.O., § 23 Rdnr. 116; Haug, Die Amtshaftung des Notars 2. Aufl., Rdnr. 709, 712).

Die Anweisung als gemeinschaftliche Verfahrenshandlung kann grundsätzlich ebenfalls nur gemeinsam geändert oder zurückgenommen werden; denn der gemeinschaftlich erklärten Unwiderruflichkeit käme im Ergebnis keinerlei Bedeutung zu, wenn der Notar schon den Widerruf eines einzelnen Beteiligten ohne weiteres zu beachten hätte. Dieses Ergebnis stimmt auch mit den Grundsätzen der nunmehr in § 54c Abs. 2 und 3 BeurkG enthaltenen Regelung überein.

4. Der Beklagte zu 1) hat jedoch bei Vornahme der jeweiligen Auszahlungen und Überweisungen seine notariellen Betreuungspflichten verletzt.

a) Dies wird vom Berufungsgericht für die Positionen 5 und 10 (Barzahlungen von insgesamt 68.000 DM an den Beklagten zu 2)) zutreffend bejaht und ist auch hinsichtlich der Position 6 (Barzahlung von 40.000 DM an den Bruder des Beklagten zu 2)) nicht anders zu sehen. Sollte dem Beklagten zu 1) die Vereinbarung des Beklagten zu 2) mit seinem Bruder vom 10.9.1991 bei Zahlung der 40.000 DM vorgelegen haben, bestand die Pflichtverletzung darin, diese Vereinbarung als geprüfte Rechnung zu beurteilen.

Die Urkunde betrifft einen Darlehensvertrag des Beklagten zu 2) mit seinem Bruder. Dass das Darlehen der GbR gewährt werden sollte, ist nicht ersichtlich. Ein Prüfvermerk des Beklagten zu 2) i.S.v. Ziffer 3 der Vereinbarung vom 8.8.1991 fehlte. Damit lässt sich die Vereinbarung vom 10.9.1991 nicht als „geprüfte Rechnung“ qualifizieren.

b) Zu den Positionen 7 und 8 (Überweisung von insgesamt 80.551,01 DM an die Firma H.) hat das Berufungsgericht ausgeführt, die Überweisungen seien insoweit vom Treuhandauftrag gedeckt gewesen. Nach dem Inhalt der Rechnungen der Firma H. habe kein Anlass bestanden zu bezweifeln, dass es sich möglicherweise nicht um Rechnungen zum Zwecke der Erschließung gehandelt habe.

Diese Sicht beruht, wie die Revision zutreffend rügt, auf einer unvollständigen Würdigung. Aus den Leistungsbezeichnungen in der Rechnung der Firma H. vom 26.6.1992 ergibt sich, dass in erheblichem Umfang die Herstellung von „Hausanschlüssen“ berechnet worden war. Diese gehören nicht zur Erschließung, die allein den Gegenstand der Dienstleistungsverträge mit den Verkäufern der Baugrundstücke bildete,

und war deshalb vom Gesellschaftszweck der GbR nicht gedeckt.

Eine weitere, in die Rechnung vom 5.5.1992 handschriftlich eingefügte Position wurde nicht näher erläutert. Der Beklagte zu 1) hat insoweit unter Verletzung der Treuhandaufgabe Überweisungen getätigt, ohne zu prüfen, ob die ihm vorgelegten Rechnungen Leistungen „zum Zweck der Erschließung und Durchführung des Bauobjekts“ zum Gegenstand hatten. Ein unkorrektes Verhalten in diesem Punkt hat der Beklagte zu 1) zudem bei seiner staatsanwalt-schaftlichen Vernehmung selbst eingeräumt.

c) Auch hinsichtlich der Überweisung der Kaufpreisan-teile i.H.v. 103.550 DM vom Erschließungs-konto an die Verkäuferin R. hat der Beklagte zu 1) die Treuhandaufgabe zur Verwahrung der ihm anvertrauten Gelder verletzt. Zutreffend hat das Berufungsgericht eine Amtspflichtverletzung deshalb bejaht, weil der Beklagte zu 1) einen entsprechenden Geldbetrag vom Erschließungs-konto überwiesen hat, obwohl dieser Betrag nicht auf das Konto gelangt war und keine geprüften Rechnungen vorlagen.

5. Bei einer treuhänderischen Verwahrung von Geld auf einem Anderkonto handelt ein Notar **jedenfalls fahrlässig**, wenn er – wie hier – unter Verletzung der Treuhandaufgabe hierüber verfügt. Damit haftet der Beklagte zu 1) wegen schuldhafter Amtspflichtverletzung nach § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO.

V.

Das Berufungsgericht meint, die GbR habe durch diese vom Beklagten zu 1) zu verantwortenden Pflichtwidrigkeiten keinen **Schaden** erlitten. Der Kläger habe weder substantiiert dargelegt, dass durch die Zahlungen – entgegen den Behauptungen des Beklagten zu 1) – keine Verbindlichkeiten der GbR getilgt worden seien, sich deren Vermögenslage also verschlechtert habe, noch einen entsprechenden Sachverhalt ausreichend unter Beweis gestellt. Diese Erwägungen tragen die Klageabweisung nicht.

1. Zur Ermittlung des Schadens ist bei weisungswidriger Verwendung von Treuhandgeldern zu fragen, wie sich das Vermögen des Treugebers im Vergleich zum tatsächlichen Ablauf entwickelt hätte, wenn der Notar seine Amtspflicht entsprechend dem Treuhandauftrag erfüllt hätte (BGH, Urt. v. 11.7.1996 – IX ZR 116/95, WM 1996, 2074, 2076; v. 17.2.1994 –

IX ZR 158/93, WM 1994, 647, 648). Hierbei ist es Sache des Geschädigten, einen streitigen Schaden sowie die Ursächlichkeit der Amtspflichtverletzung für diesen Schaden nachzuweisen. Für die haftungsausfüllende Kausalität zwischen Haftungsgrund und Schaden gelten dabei die **Beweiserleichterungen des § 287 ZPO und der Beweis des ersten Anscheins** (BGH, Urt. v. 21.11.1996 – IX ZR 220/95, WM 1997, 325, 326 m.w.N.; v. 11.7.1996, a.a.O.; v. 19.10.1995 – IX ZR 104/94, WM 1996, 30, 32 m.w.N.).

2. Hat die Amtspflichtverletzung dem davon Betroffenen auch **Vorteile** gebracht, so sind diese im Rahmen der Differenzrechnung schadenmindernd zu berücksichtigen, wenn Vor- und Nachteile bei wertender Betrachtung gleichsam zu einer Rechnungseinheit verbunden sind. Als anzurechnender Vorteil kommt danach insbesondere die Tilgung anderweitiger Verbindlichkeiten in Betracht.

Falls diese Vorteilsausgleichung dem Zweck des Schadenersatzes entspricht, **kann sich der Notar gegen einen auf weisungswidrige Auszahlung von seinem Anderkonto gestützten Schadenersatzanspruch mit dem Einwand verteidigen, er habe mit dem Auszahlungsbetrag eine anderweitige Verbindlichkeit des Auszahlungsberechtigten erfüllt**. Die Darlegungs- und Beweislast für die tatsächlichen Voraussetzungen einer Vorteilsausgleichung trägt der Ersatzpflichtige (BGHZ 94, 195, 217 m.w.N.; BGH, Urt. v. 11.7.1996, a.a.O.).

3. Soweit die vom Beklagten zu 1) aus dem Treuhandkonto veranlassten Überweisungen keine Verbindlichkeiten der GbR getilgt haben, die zum Zweck der Erschließung und Durchführung des Bauobjekts begründet wurden, obliegt es daher entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts nicht dem Kläger nachzuweisen, dass dadurch keine sonstigen Schulden der GbR bezahlt wurden. Vielmehr muss der Beklagte zu 1) den Beweis erbringen, **dass die ausgeführten Zahlungen der Gesellschaft wirtschaftlich zugute gekommen sind**.

a) Der Beklagte hat jedoch nicht einmal substantiiert behauptet und unter Beweis gestellt, durch die Bar- und Scheckzahlungen an den Beklagten zu 2) und an dessen Bruder (Positionen 5, 6 und 10) seien Verbindlichkeiten der GbR getilgt worden.

b) Dem Beweisangebot des Beklagten zu 1) hinsichtlich der Überweisungen an die Firma H.

(Positionen 7 und 8) ist das Berufungsgericht bisher aufgrund seines rechtlich fehlerhaften Ausgangspunktes nicht nachgegangen.

c) Das Berufungsgericht meint, durch die Überweisung des Kaufpreisanteils i.H.v. 103.550 DM vom Erschließungskonto an die Verkäuferin R. sei die Gesellschaft nicht geschädigt worden, weil die Verkäuferin von der GbR aus dem geschlossenen Dienstleistungsvertrag Herausgabe der von den Käufern empfangenen Kaufpreisanteile gemäß §§ 675, 667 BGB habe verlangen können. Diese Beträge habe der Beklagte zu 2) als Vertreter der Verkäuferin R. von den Käufern erhalten. Durch die Überweisung vom Erschließungskonto sei der Herausgabeanspruch der Verkäuferin R. gegen die GbR erfüllt worden.

Dabei verkennt das Berufungsgericht, dass der Beklagte zu 1) die Kaufpreisanteile bereits zu einem Zeitpunkt vom Erschließungskonto an die Verkäuferin R. überwies, als der Beklagte zu 2) entsprechende Geldbeträge von den Käufern noch gar nicht erhalten hatte. Im Zeitpunkt der Überweisung bestand somit noch kein Herausgabeanspruch gegen die GbR, der durch die Überweisung erfüllt worden sein könnte.

Damit ist zunächst ein Schaden der GbR entstanden. Dieser ist nicht nachträglich wieder dadurch entfallen, dass der Beklagte zu 2) die Kaufpreiszahlungen vereinnahmt hat. Unstreitig und vom Berufungsgericht festgestellt sind diese Geldbeträge der GbR nicht zugeflossen. Diese hat somit keinen Gegenwert für die an die Verkäuferin aus ihrem Vermögen geleistete Zahlung erhalten. Damit verblieb es beim eingetretenen Schaden.

VI.

Hinsichtlich der Schadenpositionen 5, 6 und 10 i.H.v. insgesamt 108.000 DM sowie hinsichtlich der Überweisung der Kaufpreisanteile i.H.v. 103.550 DM kann der Senat in der Sache selbst entscheiden, da weitere Sachaufklärung nicht mehr in Betracht kommt (§ 565 Abs. 3 Nr. 1 ZPO). Unter Einbeziehung der bereits von den Vorinstanzen zuerkannten 14.022 DM haftet der Beklagte zu 1) wegen schuldhafter Amtspflichtverletzung nach § 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO i.H.v. insgesamt 225.572 DM.

1. Es kommt nicht darauf an, ob der Gesellschaft eine **anderweitige Ersatzmöglichkeit** zur Verfügung steht. **Die subsidiäre Haftung des Notars gilt nicht bei Amtsgeschäften i.S.d. §§ 23, 24**

BNotO im Verhältnis zwischen Notar und Auftraggeber (§ 19 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz BNotO).

Der Beklagte zu 1) hat Treuhandaufgaben im Rahmen eines notariellen Verwahrungsgeschäfts i.S.d. § 23 BNotO verletzt; die Gesellschafter der GbR in ihrer gesamthänderischen Verbundenheit waren Beteiligte i.S.d. § 23 BNotO und damit Auftraggeber i.S.d. § 19 Abs. 1 Satz 2 2. Halbsatz BNotO.

2. Der Kläger muss sich auch nicht ein **Mitverschulden des Beklagten zu 2)** anrechnen lassen, der durch seine nicht vom Gesellschaftszweck gedeckten Weisungen an den Beklagten zu 1) den Schaden der GbR mitverursacht hat. Zwar kommt die Berücksichtigung eines derartigen Mitverschuldens grundsätzlich in Betracht. Jedoch **bezweckte die Einschaltung des Beklagten zu 1) als Notar gerade, einen ordnungsgemäßen Zahlungsverkehr der GbR durch eine neutrale Person zu gewährleisten** und ein gesellschaftswidriges Verhalten des Beklagten zu 2) zu verhindern.

Dieser Schutzzweck steht der Anrechnung eines Mitverschuldens entgegen, wenn sich, wie hier, durch amtspflichtwidriges Verhalten des Notars genau das Risiko verwirklicht hat, dessen Eintritt er verhindern sollte. Dies hat das Berufungsgericht zutreffend erkannt.

Dem kann der Beklagte zu 1) auch nicht entgegengehalten, dadurch werde der Beklagte zu 2) unbillig begünstigt, weil er an den Einnahmen der Gesellschaft zur Hälfte beteiligt sei. Der Kläger macht allein den der Gesamthand zustehenden Anspruch geltend. Soweit der Beklagte zu 1) der GbR ersatzpflichtig ist, haftet er gesamtschuldnerisch mit dem Beklagten zu 2). Die diesen treffende Mitverantwortung wird im Rahmen des Gesamtschuldnerausgleichs nach § 426 BGB uneingeschränkt berücksichtigt.

VII.

Hinsichtlich der Positionen 7 und 8 (Überweisungen i.H.v. 80.551,01 DM an Firma H.) wird das Berufungsgericht noch zu klären haben, in welchem Umfang die erfolgten Zahlungen vom Gesellschaftszweck der GbR gedeckt waren und ob im Übrigen der Gesellschaft dadurch ein anrechenbarer Vorteil entstanden ist, dass auf diese Weise eine anderweitige Verbindlichkeit getilgt wurde.

Die Sache ist deshalb in diesem Umfang an das Berufungsgericht zurückzuverweisen.

Honorar des Steuerberaters

- Rechnung ohne Unterschrift
- Anerkenntnis des Mandanten
(OLG Köln, Beschl. v. 25.2.2000 - 19 W 1/00)

Leitsätze:

1. Der Steuerberater kann seine Vergütung nach § 9 Abs. 1 StBGebV nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung einfordern. Fehlt es an einem dieser Erfordernisse, dann ist die Gebührenklage abzuweisen.
2. Prozessvortrag kann eine formal richtige Rechnung des Steuerberaters nicht ersetzen.
3. Erkennt der Auftraggeber die Gebührenforderung des Steuerberaters an, obwohl eine formal richtige Rechnung nicht vorliegt, dann hat der klagende Steuerberater die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Aus den Gründen:

Der Steuerberater kann seine Vergütung nach § 9 Abs. 1 StBGebV nur aufgrund einer von ihm unterzeichneten und dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung einfordern. Fehlt es an einem dieser Erfordernisse, dann ist die Gebührenklage abzuweisen (*Eggesiecker, Honorar für Steuerberatung* 2. Aufl., § 9 Rz. 9.010, 9.130, 9.660; *Meyer/Goez, StBGebV* 2. Aufl., § 9 Rz. 2).

Die formal richtige, also vom Steuerberater selbst unterzeichnete (*Eggesiecker, Honorar für Steuerberatung* 2. Aufl., § 9 Rz. 9.130; *Meyer/Goez, StBGebV* 2. Aufl., § 9 Rz. 6) Rechnung kann nicht durch Prozessvortrag ersetzt werden, wie das Landgericht offenbar angenommen hat, wenn es ausführt, der Kläger habe spätestens „aufgrund der Klageschrift“ einen fälligen Vergütungsanspruch gehabt (*Eggesiecker, Honorar für Steuerberatung* 2. Aufl., § 9 Rz. 9.660). Dass die Beklagte eine formal richtige Rechnung erhalten hat, ergibt sich weder aus dem Vortrag des Klägers noch aus den Gründen des Anerkenntnisurteils.

Der Kläger stützt sich auf die mit der Klageschrift „in Kopie“ vorgelegten zwei Rechnungen vom 9.10.1998, die beide keine Unterschrift tragen. Ob das Original, dessen Zugang die Beklagte bestreitet, die Unterschrift des Klägers getragen hat, ist nicht vorgetragen worden, obwohl die Beklagte schon in der Klageerwide-

rung auf die Anforderungen des § 9 StBGebV hingewiesen hat. Auch aus dem Protokoll und den Urteilsgründen des Landgerichts ergibt sich insoweit nichts. Auf die Beschwerdebegründung, die diesen Punkt erneut aufgreift, hat der Kläger nicht erwidert, obwohl er dazu hinreichend Gelegenheit hatte, nachdem das Landgericht ausweislich der Akten den Beschwerdeschriftsatz seinen Prozessbevollmächtigten am 13.1.2000 zugeleitet hat.

Da die Klage im Hinblick auf die Fälligkeit der Vergütung nicht schlüssig war, kommt es nicht mehr darauf an, inwieweit die Beklagte für die Voraussetzungen des § 93 ZPO die Beweislast trägt (vgl. hierzu OLG Düsseldorf v. 8.9.1992 - 7 W 53/92, OLGR Düsseldorf 1993, 23 = NJW-RR 1993, 74 [75] m.N.). (...)

Unerlaubte Rechtsberatung

- Hausverwalter
- WEG-Verwalter
- Behördlich eingesetzte Personen, Art. 1 § 5 Nr. 6 RBERG
- Unmittelbarer Zusammenhang mit Berufstätigkeit, Art. 1 § 5 Nr. 3 RBERG
(OLG Koblenz, Urt. v. 1.12.1999 - 4 U 1338/99)

Leitsatz:

Die Erhebung einer Räumungsklage steht nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Hausverwalters (anders WEG-Verwalter) und ist deshalb unerlaubte Rechtsbesorgung.

Zum Sachverhalt:

Die Verfügungskläger (im Folgenden: Kläger) sind im Bezirk des LG K. zugelassene Rechtsanwälte. Der Verfügungsbeklagte (im Folgenden: Beklagter) betreibt eine Haus- und Grundstücksverwaltung in N. Er wurde von den Eheleuten R. mit der Verwaltung ihres Mehrfamilienhauses in D. beauftragt. Hierzu erteilten sie ihm am 11.4.1994 eine Vollmacht. Hierin heißt es u.a.: „Der Verwalter vertritt die Hauseigentümer gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Mietern, Behörden, Grundpfandgläubigern und sonstigen Dritten, soweit geltend gemachte oder geltend zu machende Angelegenheiten das Verwaltungsobjekt betreffen.“

Am 13.7.1998 erhob der Beklagte beim AG D. gegen einen Mieter der Eheleute R. Räumungsklage. Nach öffentlicher Zustellung der Klage hat das AG Versäumnisurteil gegen den Mieter erlassen.

Die Kläger sehen im Verhalten des Beklagten eine unerlaubte geschäftsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, deren Unterlassung sie durch Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung begehren. Mit Beschlussverfügung vom 26.5.1999 hat das LG dem Beklagten untersagt, geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten zu besorgen. Auf den Widerspruch hat das LG seine Verfügung abgeändert und dahin gehend neu gefasst, dass dem Beklagten untersagt wird, geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten zu besorgen, insbesondere Forderungen Dritter gerichtlich geltend zu machen, es sei denn, eine behördliche Erlaubnis nach Art. 1 § 1 Abs. 1 RBERG liegt vor.

Hiergegen wendet sich der Beklagte mit seiner Berufung, mit der er die Aufhebung der Beschlussverfügung und die Abweisung des entsprechenden Antrags begehrt. Er ist der Auffassung, dass seine Tätigkeit durch die Ausnahmeregelung des Art. 1 § 5 Nr. 3 RBERG erlaubt sei.

Die Berufung des Beklagten hatte insoweit in der Sache einen geringen Erfolg, als das Unterlassungsgebot enger gefasst wurde. Der Senat hat dem Verfügungsbeklagten untersagt, unerlaubt geschäftsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten zu besorgen, insbesondere Forderungen Dritter gerichtlich geltend zu machen.

Aus den Gründen:

I.

Entgegen der Auffassung der Berufung ist die Verfügung nicht gemäß §§ 936, 927 Abs. 1, 929 Abs. 2 ZPO mangels ordnungsgemäßer Vollziehung aufzuheben. (...)

Die Berufung hat jedoch insofern zu einem geringen Teil Erfolg, als das Unterlassungsgebot im angefochtenen Urteil zu weit gefasst ist. Der Beklagte beschäftigt sich mit Haus-, Wohnungs- und Grundbesitzverwaltung. Mit der Tenorierung wäre ihm jedwede Rechtsbesorgung untersagt, auch wenn sie im Zusammenhang mit einer Tätigkeit als so genannter WEG-Verwalter oder sonstiger Hausverwalter stünde und damit den Ausnahmetatbeständen des Art. 1 § 3 Nr. 6

und § 5 Nr. 3 RBerG unterliegen würde. Durch die Untersagung unerlaubter Rechtsberatungstätigkeit wird deutlich, dass der Beklagte solche Rechtsangelegenheiten erledigen kann, die z.B. mit seiner Tätigkeit als Hausverwalter in unmittelbarem Zusammenhang stehen. (...)

II.

Der so zum Ausdruck gebrachte Unterlassungsanspruch steht den Klägern aus § 1 UWG und aus § 823 Abs. 2 BGB jeweils i.V.m. Art. 1 § 1 RBerG zu.

1. Der Beklagte hat, als er im Auftrag der Eheleute R. Räumungsklage beim AG gegen einen ihrer Mieter erhob, zweifelsfrei ein fremdes Rechtsgeschäft besorgt. Die Rechtsbesorgung erfolgte auch geschäftsmäßig. Hierzu genügt eine selbständige, mit Wiederholungsgefahr erfolgende Tätigkeit, die nicht nur als Gefälligkeit ausgeübt wird (vgl. *Rennen/Calibe*, RBerG 2. Aufl. 1992, Art. 1 § 1 Rz. 39 mit zahlreichen Hinweisen auf die Rspr.). Die Wiederholungsgefahr folgt aus dem Verwaltervertrag. Da der Beklagte hierzu nicht die erforderliche Erlaubnis hat, ist ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBerG gegeben.

2. Der Beklagte kann sich nicht auf die Ausnahmegvorschrift des Art. 1 § 5 Nr. 3 RBerG berufen, wonach Hausverwalter und ähnliche Personen die mit der Verwaltung in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Rechtsangelegenheiten erledigen dürfen.

Der Berufung ist einzuräumen, dass das Verbot gerichtlicher Betätigung eines Hausverwalters nicht, wie vom LG angenommen, mit der Entscheidung des KG vom 19.12.1990 (KG v. 19.12.1990 - 24 W 5932/90, MDR 1991, 455 = NJW 1991, 1304) begründet werden kann.

Zum einen ist der Beklagte **kein so genannter WEG-Verwalter**. Der Verwalter eines Mehrfamilienhauses, welches einem Eigentümer gehört, ist dem Verwalter von Wohnungseigentum i.S.d. WEG nicht gleichzustellen. Während der Beklagte ausschließlich aufgrund der Vollmacht der Hauseigentümer im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages handelt, ist der Verwalter von Wohnungseigentum i.S.d. WEG zwingend zu bestellen (§ 20 Abs. 2 WEG).

Die ihm nach § 27 WEG zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse sind deshalb auch vom BGH (BGH v. 6.5.1993 - V ZB 9/92, MDR 1993, 865 = NJW 1993, 1924) **den Tätigkeiten der in Art. 1**

§ 3 Nr. 6 RBerG genannten Personen (Zwangsverwalter, Konkursverwalter oder Nachlasspfleger sowie sonstiger für ähnliche Aufgaben behördlich eingesetzter Personen) gleichgestellt worden.

Zudem ist die vom LG herangezogene Entscheidung auch überholt. Nachdem das BayObLG (BayObLG vom 8.5.1991 - BReg. 2 Z 33/91, NJW-RR 1992, 81) die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen der Wohnungseigentümer durch den Verwalter nicht als unerlaubte Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten angesehen hat, hat das KG die Frage in einem weiteren Verfahren dem BGH vorgelegt, der in der vorgenannten Entscheidung (BGH v. 6.5.1993 - V ZB 9/92, MDR 1993, 865 = NJW 1993, 1924) entschieden hat, dass es sich nicht um eine unerlaubte Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten handelt, wenn der WEG-Verwalter gerichtlich tätig wird.

Von Bedeutung ist deshalb allein, ob sich der Beklagte auf die Ausnahmeregelung des Art. 1 § 5 Nr. 3 RBerG berufen kann. Er ist unstreitig Hausverwalter. **Die entscheidende Frage ist, ob die Erhebung einer Räumungsklage ohne Einschaltung eines Rechtsanwalts eine Rechtsangelegenheit ist, die in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Verwaltungstätigkeit steht.** Dies ist zu verneinen.

Das RBerG dient dem Schutz der Allgemeinheit. Der Rechtsuchende soll vor der Gefahr bewahrt werden, die Erledigung seiner Rechtsangelegenheiten solchen Personen zu überlassen, die nicht über die für die ordnungsgemäße Erledigung erforderliche Sachkunde verfügen (*Rennen/Calibe*, RBerG 2. Aufl. 1992, Art. 1 § 1 Rz. 9 mit zahlreichen Hinweisen auf die Rspr.). Daneben soll das Gesetz aber auch die reibungslose Abwicklung des Rechtsverkehrs der Rechtssuchenden mit den Gerichten und Behörden gewährleisten.

Im Hinblick auf diese Zielrichtungen sind die Ausnahmetatbestände des Art. 1 § 5 RBerG eng auszulegen (Senat v. 28.10.1997 - 4 U 759/97, OLGR Koblenz 1998, 46 [48] - Wirtschaftsberater). **Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Aufgaben eines Hausverwalters und rechtsberatender Tätigkeit ist nur dann gegeben, wenn der Hausverwalter ohne die rechtliche Bearbeitung seine eigentliche verwaltende Aufgabe nicht sachgemäß erledigen könnte.**

Das Verbot der Rechtsbesorgung muss seine verwaltende Tätigkeit unangemessen erschweren;

sie muss ohne Rechtsberatung nicht sinnvoll vorgenommen werden können (vgl. BGHZ 48, 12 [23] = MDR 1967, 651; BGH v. 4.11.1987 - IVa ZR 158/86, MDR 1988, 297 = NJW 1988, 561 [563] - Wirtschaftsprüfer; OLG Koblenz, AnwBl 1976, 48; Senat v. 28.10.1997 - 4 U 759/97, OLGR Koblenz 1998, 46 [48] - Wirtschaftsberater; OLG Karlsruhe v. 3.10.1989 - 6 W 84/89, AnwBl 1990, 105; Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBERG 9. Aufl. 1991, Rz. 391 ff).

Sinn und Zweck der Ausnahmeregelung des Art. 1 § 5 RBERG ist lediglich, dem dort genannten Personenkreis die Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit nicht dadurch unnötig zu erschweren, dass mit dieser Tätigkeit auch Rechtsberatung in dem Sinne verknüpft sein kann, dass sie ohne diese nicht sinnvoll ausgeübt werden kann. Hieran fehlt es vorliegend.

Die Erhebung einer Räumungsklage ist nicht Hilfgeschäft im Verhältnis zur Hausverwaltung, sondern ein eigenes davon tatsächlich wie wirtschaftlich völlig unabhängiges Geschäft.

Die Hausverwaltung kann auch ohne die gerichtliche Durchsetzung eines Räumungsanspruchs sinnvoll bewältigt werden. Die Erhebung der Klage geht darüber hinaus (so auch OLG Karlsruhe v. 3.10.1989 - 6 W 84/89, AnwBl 1990, 105 [106]).

Der Senat vermag der gegenteiligen Auffassung des OLG Köln (OLG Köln v. 25.11.1988 - 6 U 107/88, VersR 1990, 431, Berufungsurteil zu LG Aachen v. 16.2.1988 - 41 O 197/87, VersR 1989, 164) nicht zu folgen, wonach für den unmittelbaren Zusammenhang die vertraglichen Vereinbarungen und Erwartungen der Hauseigentümer maßgebend sein sollen. Es mag zwar sein, dass ein Hauseigentümer von seinem Verwalter auch erwartet, dass er sich - wie im Fall des OLG Köln - gegen eine Forderung auf Rückzahlung der Kaution zur Wehr setzt oder, wie vorliegend, einen Räumungsanspruch durchsetzt, jedoch **kann weder durch Vertrag noch durch einseitige Erwartung der Ausnahmetatbestand des Art. 1 § 5 RBERG umgangen werden.**

Sinn und Zweck eines Gesetzes können nicht der Disposition von Vertragsparteien überlassen werden, sondern ergeben sich aus der gesetzlichen Regelung selbst. Der notwendige Zusammenhang zwischen Hausverwaltertätigkeit und Rechtsberatung kann sich deshalb nur aus gesetzlichen oder sonstigen, jedenfalls von den Wünschen des Kunden unabhängigen Bestim-

mungen oder Voraussetzungen, wie etwa dem Berufsbild und der beruflichen Tätigkeit der jeweilig in Art. 1 § 5 RBERG genannten Person ergeben (Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBERG 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 5 Rz. 398).

Subjektive Elemente sind danach zur Feststellung des unmittelbaren Zusammenhangs grundsätzlich nicht geeignet. Ausnahmen hiervon kommen nach Auffassung des Senats allenfalls dann in Betracht, wenn das betreffende Geschäft ohne die rechtsberatende oder rechtsbesorgende Tätigkeit für den Kunden uninteressant wäre, so dass er das Geschäft nicht abschließen würde (vgl. Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz, RBERG 9. Aufl. 1991, Art. 1 § 5 Rz. 399 und die dortigen Beispiele). Hiervon kann vorliegend jedoch nicht ausgegangen werden.

Darlegungs- und beweispflichtig für das Vorliegen eines solchen unmittelbaren Zusammenhangs wäre der Kläger. Es ist jedoch weder vorgetragen noch ersichtlich, noch angesichts der im Übrigen sehr umfassenden Tätigkeit eines Hausverwalters zu erwarten, dass diese ohne Rechtsberatung oder Rechtsbesorgung für den Hauseigentümer uninteressant wäre, so dass er einen Hausverwaltervertrag nicht abschließen würde (a.A. OLG Frankfurt v. 29.9.1992 - 6 W 102/92, OLGR Frankfurt 1992, 216 [217], das sich wohl zu Unrecht auf die o.a. Kommentierung bei Altenhoff/Busch/Kampmann/Chemnitz beruft).

Der Senat befindet sich damit in Übereinstimmung mit der Auffassung des BGH, wonach auch etwaige lokale Gepflogenheiten und eine daraus möglicherweise folgende besondere Erfahrung bei der Auslegung und Anwendung des Gesetzes nicht entscheidend sein können (BGH, AnwBl 1967, 353 [357] - Versicherungsmakler). Es kommt allein darauf an, ob die Hausverwaltung, so wie sie dem allgemeinen Berufsbild des Hausverwalters entspricht, auch ohne die hier beanstandete Tätigkeit sachgemäß ausgeübt werden kann.

3. Der Beklagte kann sich sonach nicht auf die Ausnahmenvorschrift des Art. 1 § 5 Nr. 3 RBERG berufen. Er hat gegen Art. 1 § 1 RBERG verstoßen. Es ist seit langem anerkannt, dass der **Erlaubniszwang dieser Vorschrift auch dem allgemeinen Interesse an einer zuverlässigen Rechtspflege dient** (vgl. BGHZ 48, 12 [23] = MDR 1967, 651; Senat v. 28.10.1997 - 4 U 759/97, OLGR Koblenz 1998, 46 [48]; Baumbach/Hefermehl, Wettbewerbsrecht, § 1 UWG Rz. 623 mit zahlreichen Hinweisen auf die Rspr.).

Ein Verstoß gegen Art. 1 § 1 RBerG beinhaltet deshalb zugleich einen solchen gegen § 1 UWG. Da Art. 1 § 1 RBerG ein Schutzgesetz i.S.d. § 823 Abs. 2 BGB ist, ist der Unterlassungsanspruch der Kläger auch hieraus begründet.

Dass der Anspruch von den Klägern nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 UWG geltend gemacht werden kann, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Die Rechtsberatung durch Personen, die hierzu keine Erlaubnis haben, ist zweifelsfrei geeignet, den Wettbewerb auf dem Markt der Rechtsanwälte wesentlich zu beeinträchtigen.

GI Hinweise

Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht

Das neue Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht enthält über 300 Muster für alle Bereiche des Arbeitsrechts. Den größten Teil nimmt dabei seiner Bedeutung entsprechend das Individualarbeitsrecht ein. Es folgen Muster zum Betriebsverfassungsrecht, zum Tarifrecht und Arbeitskampf, zur Unternehmensmitbestimmung und natürlich zum Arbeitsgerichtsverfahren.

Das Besondere ist dabei, dass nicht nur den Kapiteln eine erläuternde Einführung vorangestellt ist, sondern dass jedes Muster auch an Ort und Stelle eingehend kommentiert wird. Drucktechnisch hervorgehoben finden sich hier außerdem Warnhinweise und Praxistipps, in die die reiche Erfahrung des renommierten Autorenteams eingeflossen ist.

So wird der Leser auf mögliche Fehlerquellen aufmerksam gemacht und erhält wertvolle Hinweise, die es ihm erleichtern, die Muster, die alle auf der dem Buch beigelegten CD enthalten sind, auf seinen eigenen Fall anzupassen und individuelle Gestaltungen zu entwickeln. Dieser besondere Nutzen des Werkes wird durch die übersichtliche Gestaltung und die klare systematische Darstellung zusätzlich unterstützt.

Hervorzuheben ist, dass auch zu verhältnismäßig neuen Bereichen, die in der Praxis zunehmend an Bedeutung gewinnen, Muster im Buch enthalten sind. Beispiele sind etwa die Vereinbarung von Aktienoptionen oder Zielvereinbarungen oder eine Betriebsvereinbarung zur Internet- und E-Mail-Nutzung.

Entsprechend dem Selbstverständnis als „Handbuch von Praktikern für Praktiker“ liegen die Schwerpunkte des Buches dort, wo in der Praxis der Beratungsbedarf am größten ist. Dabei richtet sich das Werk entgegen seinem Titel nicht nur an Anwälte, sondern auch die in den Unternehmen mit Personalfragen Befassten können großen Nutzen daraus ziehen.

Bauer/Lingemann/Diller/Haußmann: Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht, von FA für Arbeitsrecht Dr. Jobst-Hubertus Bauer, FA für Arbeitsrecht und Notar Dr. Stefan Lingemann, FA für Arbeitsrecht Dr. Martin Diller, FA'in für Arbeitsrecht Dr. Katrin Haußmann - Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2001, 929 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 198,- DM/101,24 EUR, ISBN 3-504-42608-X

Steuerliches Vertrags- und Formularbuch

Bei der Gestaltung von Verträgen kommt es wegen der oft gravierenden finanziellen Folgen entscheidend auf die Beachtung aller denkbaren steuerlichen Auswirkungen an.

Dieses Vertrags- und Formularhandbuch erläutert umfassend die gesellschafts- und zivilrechtlichen Grundlagen sowie die steuerlichen Konsequenzen von Gesellschafts- und anderen Verträgen. Alle Vertragsformulare werden nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, nach Gesellschafts- und Zivilrecht sowie nach Steuerrecht behandelt. Daran schließen sich wie bei einem Kommentar die Erläuterungen der Vertragsregelungen an, wiederum aufgegliedert in die einzelnen Rechtsgebiete.

Das Gesetz zur Senkung der Steuersätze und zur Reform der Unternehmensbesteuerung 2001 (Steuersenkungsgesetz - StSenkG 2001) und die weiteren Gesetzesänderungen dieses Jahres sind umfassend berücksichtigt. Außerdem enthalten sind Gesellschaftsverträge, Anträge im Besteuerungsverfahren, Rechtsmittelverfahren und Steuerstraßverfahren.

Dr. Gerhard Bopp: Steuerliches Vertrags- und Formularbuch - 4. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, Verlag C.H. Beck, München, 2001, XXVII, 1.338 Seiten, in Leinen, 230,- DM/117,60 EUR, ISBN 3-406-46993-0;
CD-ROM für Windows mit sämtlichen Verträgen und Formularen sowie Programmanleitung, 130,- DM/66,47 EUR, ISBN 3-406-46994-9

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

Heft 1-6/2001

Abtretung

- >, offene
= Forderungsprozess 2001, 33

Abschlussprüfung

- Werkvertrag 2001, 65

Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- Kündigungsrecht
= Ausschluss des > 2001, 48
- Vergütungsregelung
= Kündigung, vorzeitige 2001, 48

Belehrungspflicht des RA

- Belehrungsbedürftigkeit, fehlende
= Betreuung durch Verband 2001, 109
- Insolvenzantragspflicht 2001, 109

Belehrungspflicht des StB/WP

- Auftragsinhalt 2001, 93
- Bauunternehmen, Vorsteuerabzug 2001, 93
- >, ungefragte 2001, 93
- Fehler
= > des Vorberaters 2001, 93
- Mandatsende, Fristablauf 2001, 137
- Sozialversicherungsrecht 2001, 19

Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO

- Buchhaltungsunterlagen 2001, 108
- Steuerberater 2001, 108

Beweislast

- Steuerbescheid an StB 2001, 50

Darlegungslast

- Schaden, § 287 ZPO
= Treuhandgelder 2001, 142

Dritthaftung

- Abschlussprüfung 2001, 108
- Kapitalanlage
= Testat, irreführendes 2001, 10
- Testat
= >, irreführendes 2001, 10
- = Vertrauenstatbestand 2001, 10
- = Werbung mit > 2001, 10
- Verschulden bei Vertragsschluss
= Testate, irreführende 2001, 10
- Vertrag mit Schutzwirkung
zugunsten Dritter 2001, 108
- = Prüfungsauftrag

Einspruch

- Schätzungsbescheid 2001, 50

Fristenkontrolle

- Aktenvorlage 2001, 84
- Ausgangskontrolle
= Organisation 2001, 82
- = Postausgangsbuch 2001, 82
- = Postausgangsfach 2001, 82

- Fristenkontrollbuch
= Postausgangsbuch, Portobuch 2001, 82
- Fristversäumnis, unverschuldetes
= Aktenvorlage 2001, 84
- = Mitarbeiter, zuverlässiger 2001, 84
- Organisationsanweisung
= Mandatsbestätigung,
Rechtsmittelauftrag 2001, 134
- = Postausgangsfach 2001, 82
- Rechtsmittelauftrag
= Mandatsbestätigung 2001, 134
- = > an Kollegen 2001, 134

GI Aktuell

- Auskunftspflicht gg. Finanzamt, § 93 AO
= Energieversorger, Konten der Kunden 2001, 28
- Bank
= Entgeltklausel 2001, 54
- GbR, parteifähig 2001, 55
- Gewerbesteuer 2001, 106
- Immobilienfonds, geschlossener 2001, 80
- Kindergeld
= Ausbildungskosten 2001, 56
- = Einkünfte der Kinder 2001, 56
- Mindeststeuersatz, § 50 Abs. 3 EStG 2001, 107
- Pfändung, Kreditlinie 2001, 132
- Schenkung
= Rückforderung wg. Verarmung 2001, 133
- Singularzulassung 2001, 2
- Sonderausgaben, § 10 EStG
= Versorgungsrente 2001, 29
- Sozietät
= Veräußerungsgewinn,
= steuerbegünstigter 2001, 29
- Spekulationsfrist
= Grundstücke 2001, 107
- = Spekulationsgeschäft, Verlust 2001, 56
- Steuerberaterprüfung
= Berufspraxis, Erziehungsurlaub 2001, 81
- VerbraucherkreditG
= Vollmacht 2001, 133
- Verlustzuweisungsgesellschaft 2001, 80
- Versorgungsleistungen
= Last, dauernde 2001, 29
- Vorsteuerabzug
= Übernachtungskosten 2001, 30

Grundurteil

- Schadenentstehung 2001, 113

Haftungsbeschränkung

- Verwahrungserklärung 2001, 75

Honoraranspruch des RA

- Abtretung des > 2001, 121
- Belehrungspflicht
= Vergütungsanspruch 2001, 53
- Berufsbetreuer 2001, 108
- Kostenminderungspflicht 2001, 119
- „dieselbe Sache“ 2001, 53
- Sammelklage, Einzelklage 2001, 119
- Unterschrift 2001, 47

Honoraranspruch des StB/WP

- Abschlussprüfung 2001, 65
- Abschlussvorarbeiten, § 35 StBGebV 2001, 24

- Auslagenpauschale	2001, 24	- Vollzugsauftrag	2001, 99
- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		- Vollzugsreife	2001, 99
= Zeitgebühr	2001, 24	- Weisung	2001, 99
- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		= >, gemeinschaftliche	2001, 142
= Bilanz, Bilanzvorarbeiten	2001, 24	= Widerruf der >	2001, 142
= Wahlrecht?	2001, 24	= Wortlaut der >	2001, 117, 142
- Kündigung des StB-Vertrages	2001, 48		
- Rechnung, fehlerhafte		Prospekthaftung	
= Prozessvortrag	2001, 148	- Prospektangaben	
= Unterschrift	2001, 148	= Beteiligung, stille	2001, 124
- Schriftform		= Risikokapital	2001, 124
= Wirtschaftsberatung	2001, 129	- > des Treuhänder	2001, 75, 124
- Unterzeichnung der Rechnung	2001, 148	- Prospektverantwortlicher	2001, 124
- Verzug		- Verjährung	
= Zurückbehaltungsrecht	2001, 24	= Immobilienfonds, geschlossener	2001, 141
- Wirtschaftsberatung	2001, 129	- Vertrauenstatbestand	2001, 75
- Zeitgebühr/-honorar			
= Betriebsführung, unwirtschaftliche	2001, 65	Rechtsanwalt	
= Beweislast	2001, 65	- Abtretung, offene	2001, 33
		- Beleidigung durch Mandanten	2001, 30
Insolvenzantragspflicht		- Berufsbezeichnung	
- Zahlungseinstellung	2001, 109	= Mediator	2001, 81
		- Beratungspflichten	
Kausalität		= Prozess nach Forderungsabtretung	2001, 33
- > zwischen Pflichtwidrigkeit und Schaden		- Ehreenschutz	
= Kündigungsschutzklage,		= Prozessvortrag	2001, 126
= Änderungskündigung	2001, 88	- Kündigungsschutzklage	
= Prozessverlust	2001, 88	= Kündigung, personenbedingte,	
-Schätzungsbescheid	2001, 50	= Krankheit	2001, 88
		= Sammelklage	2001, 119
Kenntnis des Zivilrechts		- Sammelklage, Pflicht zur >	2001, 119
- Instanzrechtsprechung	2001, 37	- Schadenbeseitigung, kostenlose	2001, 33
- Rechtsgebiet, neues		- Scheidungsverbundverfahren	
= Agrarrecht, DDR	2001, 37	= Gesamtschuldnerausgleich	2001, 61
		= Hausverkauf	2001, 61
Lohnbuchhaltung		Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
- An- und Abmeldungen	2001, 19	- Abwicklung, nichtige Verträge	
- Sozialversicherungsberatung	2001, 19	= Auskunft, Rechnungslegung	2001, 22
		- Forderungseinziehung,	
Mandatsübernahme		stille Liquidation	2001, 22
- Belehrungspflicht		- Hausverwalter, WEG-Verwalter	2001, 149
= > des Altberaters	2001, 137	- Liquidation, stille	2001, 22
		- > durch Steuerberater	
Mitverschulden		= Lohnbuchhaltung	2001, 19
- Eigenverantwortung	2001, 137	= Sozialversicherungsrecht	2001, 19
- Fristüberwachung	2001, 137	- Sozietät, gemischte	2001, 67
- > des BGB-Gesellschafters	2001, 142	- Treuhänder	2001, 67
		- Wirtschaftsprüfer	2001, 22
Nachbesserung		Rechtsmittel	
- Kosten der >		- > nach Mandatsende	2001, 81
= § 633 Abs. 3 BGB	2001, 72		
- Recht des StB zur >	2001, 72	Rechtsprechungsänderungen	
		- Schaden	2001, 3
Notar		Schaden	
- Anderkonto		- Anderkonto	
= Hinterlegungsanweisung,		= Auszahlung, weisungswidrige	2001, 142
Änderung der >	2001, 117, 142	- Beseitigung des >	
- Anwaltsnotar		= >, honorarfreie	2001, 33
= Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete	2001, 142	- Darlegungslast	
- Belehrungspflichten		= Treuhandgelder	2001, 142
= >, steuerliche	2001, 98	- Rechtsprechungsänderung	2001, 3
- Schadenermittlung	2001, 142	- Steuerzahlung, Aufteilung	
= Schenkungsteuer	2001, 98	= Richtigstellung der >	2001, 101
- Schwarzgeldzahlung	2001, 99		
- Treuhandgelder			
= Verfügungsbefugnis	2001, 790		

- Tantiemenauszahlung = Vertrag nach Zahlung	2001, 101	Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO n.F.	
- Treuhandgelder = Verwendung, weisungswidrige	2001, 142	- Verjährungsbeginn = Vertragsgestaltung, unklare	2001, 113
Schädigung, sittenwidrige, § 826 BGB		Verjährung, § 20 KAAG, § 12 AuslInvestmG	
- Abschlussprüfung	2001, 108	- Immobilienfonds, geschlossener	2001, 141
- Testat, irreführendes	2001, 10	- Prospekthaftung	2001, 141
Schätzung		Verjährung, § 68 StBerG, § 51a WPO	
- Einspruch	2001, 50	- Belehrung über Fehler und Verjährungs- vorschrift, Sekundäranspruch	
Schutzgesetz i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB		= Anlass für >	2001, 57
- § 323 HGB	2001, 108	= Ende der >	
- § 332 HGB	2001, 108	= - Beratung, anwaltliche	2001, 57
Sozietät		- Stillhalteabkommen	2001, 57
- Gesamtschuldner	2001, 79	- Verjährungsbeginn	
- Scheinsozietät	2001, 79	= Gestaltungsberatung, fehlerhafte	2001, 113
= Meldepflichten, WP-Kammer	2001, 31	= Objektverbrauch	2001, 46
- >, gemischte		= Sonder-AfA	2001, 46
= Treuhandtätigkeit	2001, 67	- Verjährungshemmung = Stillhalteabkommen	2001, 57
Sozialrecht		Verzug	
- Beratung durch StB/WP	2001, 19	- Zurückbehaltungsrecht des Mandanten	2001, 24
Steuerberater		Werkvertrag	
- Vereidigter Buchprüfer	2001, 43	- Abschlussprüfung	2001, 65
- Zweigniederlassung	2001, 43	Wiedereinsetzung	
Steuerberatungsvertrag		- Antrag	
- Auflösung des >		= Tatsachen, neue	2001, 134
= Kündigung, fristlose, § 627 BGB	2001, 48	- Beschwerde	
- Kündigung, § 627 BGB		= Tatsachen, neue	2001, 134
= Ausschluss der >	2001, 48	- Auslandszustellung	2001, 85
- Laufzeit des >	2001, 48	- Verschulden des Fristversäumnisses = Auslandszustellung	2001, 85
- Pflicht			
= >, nachvertragliche	2001, 81	Versäumnisurteil	
Treuhänder		- Auslandszustellung	2001, 85
- Anwaltsauftrag	2001, 67	- Einspruch, Versäumung des >	2001, 85
- Aufklärungspflichten	2001, 75	Wirtschaftsprüfer	
- Auftragsinhalt	2001, 75	- Kapitalprüfer, § 183 AktG	2001, 26
- Haftungsbeschränkung = Verwahrungserklärung	2001, 75	- Scheinsozietät	
- Notar		= Meldepflicht	
= Verfügungsbefugnis	2001, 79	= - Berufsregister	2001, 31
- Prospekthaftung		= - Versicherungsschutz	2001, 31
= Vertrauenstatbestand	2001, 75	- Zeugnisverweigerungsrecht	2001, 26
- Sozietät, gemischte	2001, 67	Zeugnisverweigerungsrecht	
- Untreue, § 266 StGB	2001, 67	- Wirtschaftsprüfer	2001, 26
Umwandlung		BVerfG v. 15.11.2000 - 1 BvR 1213/00	2001, 28
- Stundung, § 21 UmwStG	2001, 81	BVerfG v. 13.12.2000 - 1 BvR 335/97	2001, 2
Unterschrift		BVerfG v. 6.3.2001	
- Honorarrechnung	2001, 47	= 2 BvR 460/93 + 1488/93	2001, 106
Vereidigter Buchprüfer		BGH v. 18.11.1999 - IX ZR 153/98	2001, 142
- Zweigniederlassung	2001, 43	BGH v. 16.12.1999 - IX ZR 117/99	2001, 67
Verjährung, § 852 BGB, § 19 BNotO		BGH v. 27.1.2000 - IX ZR 45/98	2001, 88
- Verjährungsbeginn			
= Ersatzmöglichkeit, anderweitige	2001, 113		
= Schadenentstehung	2001, 113		
= Vertragsgestaltung, unklare	2001, 113		

BGH v. 1.2.2000 – X ZR 198/97	2001, 65	OLG Hamm v. 16.12.1999 – 28 U 94/99	2001, 53
BGH v. 10.2.2000 – IX ZR 41/99	2001, 117	= OLG-Report 00, 190	
BGH v. 17.2.2000 – IX ZR 436/98	2001, 113		
BGH v. 13.4.2000 – IX ZR 372/98	2001, 61	OLG Karlsruhe v. 24.3.2000	
BGH v. 24.7.2000 – II ZB 20/99	2001, 85	– 10 U 224/99	2001, 93
BGH v. 21.9.2000 – IX ZR 127/99	2001, 37	OLG Karlsruhe v. 26.10.2000	
BGH v. 21.9.2000 – IX ZR 439/99	2001, 33	– 9 U 58/00	2001, 124
BGH v. 26.9.2000 – X ZR 94/98	2001, 10	= OLG-Report 01, 68	
BGH v. 28.9.2000 – IX ZR 6/99	2001, 3	OLG Karlsruhe v. 15.11.2000	
BGH v. 12.10.2000 – Wp St (R) 1/00		– 11 Wx 88/00	2001, 108
Kammergericht	2001, 31	= OLG-Report 01, 65	
BGH v. 26.10.2000 – IX ZR 289/99	2001, 109		
BGH v. 23.11.2000 – IX ZB 83/00	2001, 84	OLG Koblenz v. 1.12.1999 – 4 U 1338/99	2001, 149
BGH v. 14.12.2000 – IX ZR 332/99	2001, 57	= OLG-Report 00, 146	
BGH v. 18.12.2000 – II ZR 84/99	2001, 141	OLG Koblenz v. 8.11.2000 – 1 U 1760/98	2001, 119
= DStR 01, 409		= OLG-Report 01, 143	
BGH v. 11.1.2001 – III ZR 148/00	2001, 82		
BGH v. 18.1.2001 – IX ZR 223/99	2001, 137	OLG Köln v. 25.11.1998 – 2 U 100/95,	2001, 75
BGH v. 20.1.2001 – IX ZB 120/00	2001, 134	rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH	
BGH v. 29.1.2001 – II ZR 331/00	2001, 55	v. 29.7.1999 – III ZR 22/99	
BGH v. 13.2.2001 – XI ZR 197/00	2001, 54	= OLG-Report 99, 341	
BGH v. 29.3.2001 – IX ZR 34/00	2001, 132	OLG Köln v. 19.5.1999 – 2 Wx 18/99	2001, 99
BGH v. 24.4.2001 – XI ZR 40/00	2001, 133	= OLG-Report 00, 37	
BGH v. 25.4.2001 – X ZR 205/99 + 229/99	2001, 133	OLG Köln v. 1.10.1999 – 19 U 219/98	2001, 22
		OLG Köln v. 25.2.2000 – 19 W 1/00	2001, 148
		= OLG-Report 00, 214	
OLG Braunschweig v. 7.6.1999			
– 7 U 115/98	2001, 48	OLG München v. 31.7.1997	
= OLG-Report 00, 14		– 1 U 2025/97,	2001, 79
		rkr. nach Nichtannahmebeschl. d. BGH	
OLG Celle v. 8.7.1998 – 3 U 206/97	2001, 129	v. 9.9.1999 – IX ZR 316/97	
= OLG-Report 00, 62		= OLG-Report 00, 149	
OLG Celle v. 13.10.1999 – 3 U 326/98	2001, 19	OLG München v. 25.5.2000 – 1 U 6338/99	2001, 30
OLG Celle v. 10.11.1999 – 3 U 344/98	2001, 46	= OLG-Report 00, 361	
OLG Düsseldorf v. 22.10.1998		OLG Oldenburg v. 18.6.1999 – 13 U 16/99	2001, 98
– 13 U 26/97	2001, 101	= DNotI-Report 99, 153	
OLG Düsseldorf v. 19.11.1998			
– 8 U 59/98	2001, 108	OLG Saarbrücken v. 1.3.2000	
= DStR 00, 985		– 1 U 1230/99-25	2001, 81
OLG Düsseldorf v. 20.5.1999		= OLG Report 00, 345	
– 13 U 101/98	2001, 50		
OLG Düsseldorf v. 1.7.1999			
– 13 U 161/98	2001, 24	LG Bonn v. 26.6.2000 – 37 Qs 19 + 20/00	2001, 26
OLG Düsseldorf v. 23.7.1999			
– 15 U 101/98	2001, 126	LG Chemnitz v. 20.9.2000 – 4 Qs 8/00	2001, 108
OLG Düsseldorf v. 9.11.1999		= wistra 00, 476	
– 24 U 104/98	2001, 47		
= OLG-Report 00, 360			
OLG Düsseldorf v. 9.1.2000		AGH Hamm v. 19.11.1999 – 1 ZU 50/99	2001, 81
– 26 U 37/00	2001, 72	= OLG-Report 00, 129	
OLG Frankfurt v. 27.10.1999			
– 9 U 34/98	2001, 104	BFH v. 13.9.2000 – X R 147/96	2001, 29
= OLG-Report 01, 59		BFH v. 21.9.2000 – IV R 54/99	2001, 29
OLG Frankfurt v. 16.3.2000		BFH v. 14.11.2000 – VI R 62/97,	
– 16 U 69/99	2001, 79	52/98 + 128/00	2001, 56
= OLG-Report 00, 326		BFH v. 21.11.2000 – IX R 2/96	2001, 80
		BFH v. 23.11.2000 – V R 49/00	2001, 30
OLG Hamburg v. 8.9.1999		BFH v. 5.12.2000 – VII R 18/00	2001, 80
– 8 U 93/99	2001, 104	BFH v. 15.12.2000 – IX B 128/99	2001, 560
= OLG-Report 00, 48		BFH v. 5.3.2001 – I B 140/00	2001, 107
OLG Hamburg v. 30.10.2000		BFH v. 5.3.2001 – IX B 90/00	2001, 107
– 8 U 247/99	2001, 121		
= OLG-Report 00, 74		BVerwG v. 22.8.2000 V 1 C 6.00	2001, 43

Meisterstück

Bauer/Lingemann/
Diller/Haußmann,
Anwalts-Formularbuch
Arbeitsrecht. Von
RA Dr. Jobst-Hubertus Bauer,
RA Dr. Stefan Lingemann,
RA Dr. Martin Diller und
RAin Dr. Katrin Haußmann.
929 Seiten
Lexikonformat, 2001,
gbd., inkl. CD
198,- DM/101,24 €
ISBN 3-504-42608-X



NEU!

www.otto-schmidt.de

Man muss sich die Arbeit ja nicht schwerer machen als nötig. In diesem Handbuch finden Sie auf Anhieb für jeden praxisrelevanten Fall im Arbeitsrecht ein fertiges Muster. Von A wie Anbahnung des Arbeitsverhältnisses bis Z wie Zeugnis. Und gehen damit möglichem Streit durch klare Formulierung von Anfang an sicher aus dem Weg. Praxisgerechter Aufbau, einführende Erläuterungen vor jedem Kapitel, sämtliche Muster und Formulare an Ort und Stelle zusätzlich kommentiert. Dazu noch Warnhinweise auf typische Fehlerquellen und wertvolle Praxistipps von den Autoren, die selbstverständlich alle Meister ihres Fachs sind. Alle Muster auch auf CD. So ersparen Sie sich im Arbeitsrecht auf einen Schlag 'ne Menge Arbeit.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt
Postfach 51 10 26 · 50946 Köln

BESTELLSCHEIN Fax: 0221 / 9 37 38-943

☐ Bauer/Lingemann/Diller/Haußmann **Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht**
gbd., inkl. CD 198,- DM/101,24 €. Preisstand: Januar 2001.
ISBN 3-504-42608-X

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Steuerberaterhaftung: Einschaltung eines Spezialisten • Verantwortungsbereich des Allgemeinberaters • Doppelauftrag? • Steuerfreie Entnahme gemäß § 52 Abs. 15 Satz 10 EStG a.F. (BGH);
Anwaltshaftung: Kündigungsschutzklage • Kleinbetriebseinwand • Zwei Betriebe, gemeinsamer Betrieb • Unterlassene Belehrung des Anwalts (BGH);
Honoraranspruch des Rechtsanwalts • Zeitgebühr • Aufzeich-

nungen • Schlüssige Darlegung im Honorarprozess • Vereinbarung (OLG Koblenz);
Steuerberaterhonorar: Anspruch auf Rückzahlung des Mandanten? • Schriftform, § 4 Abs. 1 StBGebV • Deklaratorisches Schuldanerkenntnis • Gesetzwidriges Ausgangsgeschäft • Forderung auf Rechnungserstellung (OLG Düsseldorf)
und aktuelle Entscheidungen, die von besonderer Bedeutung sind



Am 11.05.2001 ist die als „Riester-Reform“ bezeichnete Rentenreform 2001 mit Verabschiedung des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung

eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens erst einmal vollendet. Die aktuelle GI enthält einen Kurzüberblick über die wesentlichen Eckpunkte der Reform.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen. Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.